Nr. 121a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
8. März 1902

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag

160. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Kommissare, später Freiherr v. Thielmann.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Der zur zweiten Berathung stehende Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine **Eisenbahn von Daressalaam nach Mrogoro** soll nach einem von Mitgliedern aller Fraktionen gestellten Antrage zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission zurückverwiesen werden.

Abg. **Müller-Fulda** (Ctr., zur Geschäftsordnung):

Seit Fertigstellung des Kommissionsberichts sind zehn Monate verflossen, die ganzen Verhältnisse haben sich seitdem zu verändert, daß eine nochmalige Kommissionsberathung angezeigt erscheint.

Das Haus beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf in die Kommission zurückzuverweisen.

Es folgt die Berathung der in die Kommission verwiesenen **Reste einzelner Etats.**

Der Etat der **Reichsschuld** wird debattelos genehmigt; desgleichen zum Postetat die **Resolution**, daß 1000 Postassistenten mehr, als im Etat vorgesehen, fest angestellt werden sollen; ebenso die Einnahmen des Etats der **Expedition nach Ostasien.**

Zum Etat der **Zölle** beantragt die Kommission, die Einnahmen nicht, wie die Regierung vorschlägt, auf 471,651.000 Mark, sondern um **12 Millionen höher,** also auf 483,651.000 Mark festzusetzen.

Abg. **Büsing** (natl.) beantragt die **Wiederherstellung der Regierungsvorlage.**

Berichterstatter Abg. **Richter**

macht darauf aufmerksam, daß die Vermehrung der Einnahmen aus Zöllen nicht der Reichskasse zu Gute komme, sondern den Einzelstaaten. Ein Recht des Reichstags, eine Einnahmeposition höher einzustellen, wenn auch ein Abweichen von ihr nicht durchaus verboten wäre. Aber die Konsequenz müßte sein, daß der Berechnung der diesmaligen Zollvoposition nicht die kommenden nur 3 Monate des Jahres mit ungünstiger Ernte zur Anrechnung, aber 9 Monate des Vorjahres mit günstiger Ernte. Mit der größeren Ueberweisung steigert man das ohnehin schon vorhandene Risiko der Einzelstaatzu, die mit größeren Einnahmen rechnen, während in der That vielleicht die Einnahmen niedriger ausfallen. Vor einem solchen Verfahren warnte schon früher Abg. Dr. Lieber, dessen durch Krankheit veranlaßte Abwesenheit ich lebhaft bedauere. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Staatssekretär Frhr. **v. Thielmann:**

Sie wissen, daß ich in Bezug auf die Aenderung der Einnahmeberechnungsschablone auch auf dem ablehnenden Standpunkt des Abg. Büsing stehe, um kein Moment der Unruhe in die ganze Frage zu bringen. Dazu kommt, daß man bei der Zuckersteuer wahrscheinlich auf geringere Einnahmen rechnen muß, ohne daß die Kommission eine Erniedrigung der Einnahmeposition vorschlüge. Es wird vielen Einzelstaaten schwer, schon die um 24 Millionen gesteigerten Matrikularbeiträge zu tragen, geschweige denn das Risiko, das in der in seiner Realität unsicheren Erhöhung der Zolleinnahmen liegt. Dennoch kann sich die Regierung mit den Kommissionsvorschlag abfinden, zumal ja das etwaige Mehr an Einnahmen nach dem Antrage Büsing zur Verringerung der Zuschußanleihe verwendet wird, der Unterschied in dem Kommissionsvorschlage und dem Antrag Büsing also mehr rechnerischer als sachlicher Natur ist.

Abg. Frhr. **v. Waldow-Reitzenstein** (kons.):

So unangenehm Zuschußanleihen sind, kann ich mich doch für den Kommissionsvorschlag nicht erwärmen, bitte Sie vielmehr, den Antrag Büsing anzunehmen.

Abg. **Speck** (Ctr.):

Der Kommissionsvorschlag entspricht unseren finanziellen Verhältnissen insofern, als beide jetzt einen ganz exzeptionellen Charakter tragen. Darum kann auch die vorher erwähnte Warnung des Abg. Dr. Lieber hier nicht zur Anwendung kommen, wie ja auch schon früher einmal der Abg. Müller-Fulda für ein ähnliches Verfahren sich erklärte, wie es hier die Kommission vorschlägt. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages Büsing.

Die Besprechung schließt. Der **Kommissionsvorschlag** wird **angenommen** gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen; für den Kommissionsantrag stimmen auch die Abgg. Fürst Bismarck (wildkons.) und v. Kardorff (Rp.).

Der Etat des **Reichsschatzamtes** wird **genehmigt.**

Beim Etat des **Bankwesens** macht

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.)

darauf aufmerksam, daß dies Jahr das erste nach dem Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes ist, es würde sich also eine sehr sorgfältige Prüfung des Etats des Bankwesens umsomehr empfehlen, als der **Bericht der Reichsbank** leider trotz des allseitigen Wunsches **nicht früher erschien als sonst** und vor allen Dingen der Kommission nicht vorgelegen hat. Ich wiederhole den Wunsch, uns im nächsten Jahre den Bericht frühzeitiger zugänglich zu machen. Die Kommission hat nicht einmal von den doch schon festgestellten finanziellen Resultaten Kenntniß bekommen. Die Verringerung des Antheils des Reiches an dem Gewinn der Reichsbank ist beachtenswerth, weil sie die Berechtigung der Erhöhung der Antheilsquote des Reiches beweist, und weil daraus die Herabsetzung der Diskontsätze ersichtlich ist. Ich beschränke mich auf diese wenigen Bemerkungen, weil zu meinem Bedauern der Präsident der Reichsbank nicht anwesend ist.

Der Etat des Bankwesens wird **genehmigt.**

Einige unwesentlichere Etatsreste werden **debattelos genehmigt,** ebenso das **Etatsgesetz** vorbehaltlich der endgiltigen Feststellung der Ziffern.

Damit ist die **Tagesordnung erledigt.**

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Gesetz zum Schutz des Rothen Kreuzes; dritte Lesung des Etats).

Schluß 3¼ Uhr.

Haus der Abgeordneten.

42. Sitzung vom 7. März, 12 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Kultusminister Dr. **Studt:**

Meine Herren! Ich glaube, in der Beurtheilung der Handlungen der Regierung sind Licht und Schatten nicht gleich vertheilt. Ich werde im Einzelnen auf diese Fragen nicht eingehen, weil ich heiser bin und mein Organ schonen muß. Eine Uebertreibung ist es aber, wenn hier behauptet wird, daß die katholischen Unterthanen sich nothwendig verletzt und erbittert fühlen durch die Praxis der Regierung. Zwischen Staat und Kirche giebt es eine Grenze ihrer Selbstständigkeit, welche sich bei einigem guten Willen der Betheiligten sehr wohl einhalten läßt. Das ist aber nicht möglich, wenn der eine Theil sagt: Wir können nicht, wir wollen nicht, wir werden nicht! (Sehr gut! links.) Ein Minister muß es sich ja gefallen lassen, von der einen oder anderen Seite angegriffen zu werden. Er darf aber, wenn nicht Anerkennung, so Gerechtigkeit verlangen; das vermisse ich. Der Abg. Dauzenberg sagte, der frühere Zustand sei noch maßgebend für heute. Warum spielt dann Herr Dauzenberg meinen Amtsvorgänger Dr. Bosse gegen mich direkt aus? (Sehr gut! links.) Ueber den grundsätzlichen Unterschied zwischen Krankenpflegeorden und Diakonissinnen können wir uns nicht verständigen. Die Herren wiederholen immer dieselben Argumente. Ich bedauere mit meinem Amtsvorgänger, daß wir gar nicht in der Lage waren, die Gleichheit anzuerkennen. Diese Krankenpflegeorden bilden einen wesentlichen Bestandtheil des gesammten Ordenswesen, der der kirchlichen Autorität unterstellt ist und deshalb ganz anders beurtheilt werden muß. Zu ihrer Existenz und zu ihrer Bildung bedürfen sie einer besonderen Konzession nicht. Anders ist es aber, wenn sie ihre Thätigkeit entwickeln; da unterliegen sie genau derselben behördlichen Genehmigung wie jede andere ähnliche Vereinigung. Davon können wir sie nicht befreien. Die Ausbreitung der katholischen Kirche beweist aufs Beste, daß sie durch diese Bestimmung keineswegs benachtheiligt worden ist. Im Jahre 1899 sind etwa 50 Krankenpflegeordensniederlassungen in Preußen neu bewilligt; im nächsten Jahre möglichen 40. Die thatsächlichen Ausführungen sprechen daher dafür, daß wir den Absichten der katholischen Kirche auf diesem Gebiete der christlichen Liebesthätigkeit durchaus entsprochen haben. Unsere Stellung in Sachen der Kreisschulinspektion will ich nicht noch einmal hier begründen. Nun die Simultanschulen. Die Statistik darüber ist unvollständig. Wir halten nach wie vor an unserer Ueberzeugung fest, daß sie nur ein Nothbehelf sind. Die Fürsorge für den Religionsunterricht ist ein dornenvolles Amt, das sollte doch auch auf katholischer Seite anerkannt werden, ebenso, welche enormen Opfer wir dafür gebracht haben, und daß wirklich kaum mehr geleistet werden kann. In vollem Umfange werden wir niemals dem ganz Rechnung tragen können. Auch in der Schuldeputation sitzen katholische Leute mit großem Einfluß sonst evangelischen Städten. Um den glänzenden Aufschwung des kirchlichen Lebens auch auf katholischer Seite zu illustriren, weise ich nur auf die enorme Zunahme der katholischen Kirche in der deutschen Reichshauptstadt hin und auf die Zunahme des katholischen kirchlichen Vereinslebens hier in Berlin. Auch das ist ein Beweis, daß die praktische Durchführung der Unterrichtsverwaltung eine derartige gewesen ist, daß begründete Klagen dagegen nicht erhoben werden können. (Beifall.)

Abg. **Trimborn** (Ctr.)

vertheidigt die **Verfassung des Gürzenich-Saales** in Köln an den **Gustav Adolph-Verein** damit, daß dieser auf seinen Generalversammlungen gegen die katholische Kirche verletzend werde. So sei es im Vorort von Köln, in Düsseldorf (Heiterkeit) gewesen, so besonders in Halle, der Stadt des Professors und Kollegen Dr. **Friedberg.** Dort habe man von dem Kampf gegen römische List und Gewalt gesprochen; das sei beleidigend. Auf der Dessauer Versammlung sprach man von dem Weltkrieg, den die Katholiken entzünden wollten, von dem Quatsch der Katholiken über die heilige Leiche des heiligen Theodosius, dieser ägyptischen Mumie oder einem sonstigen alten Leichnam, vor dem womöglich auch die Evangelischen noch knien sollten. Ist **das nicht eine Orgie Kulturfeindlicher Besinnung?** (Lachen links.) Es **waren eine Orgie Kulturfeindlicher Besinnung?** (Lachen links.) Es **waren Kampfesrufe gegen Rom!** (Zurufe: Ist das denn ein Verbrechen?) Man sagte: Deutsche Kraft und deutschen Glauben soll kein Papst, kein Teufel rauben! Treue und Deutsch sind dem Papst und römischen Ohren Teufel und Hölle. Gegen diese „armselige Konfessionsraufexei" wandten sich selbst anwesende Pastoren. In Dortmund sagte ein Pastor: Lüge ist alles in der katholischen Kirche, vom Kinde bis zum Bischof! (Hört!) Der **deutsche Kaiser** ist evangelisch, und deshalb nagen die **schwarzen Mäuse** an den **Wurzeln** des **Reichsbaumes** und fliegen die lichtscheuen Eulen Nachts in seinen Zweigen herum. Die „schwarzen Mäuse" und „lichtscheuen **Eulen" sind wir.** (**Sehr richtig!** bei den Nationalliberalen. Heiterkeit.) Bei solchen Aeußerungen des Gustav Adolph-Vereins konnten wir wohl Befürchtungen hegen. Ein Lied wurde am Tage vorher gesungen, worin vom Worte Gottes die Rede ist und gesagt wird, weil es dem Priester fälschte, da blieb es: Los von Rom! Bei der Generalversammlung sprach man vom starren Block des Romanismus. Das ist die römische Kirche, die wir als heilige verehren. Aber im Ganzen muß ich sagen, hat der Verlauf der Versammlung unsere Befürchtungen nicht bestätigt. Der Abg. **v. Eynern** meinte, ich hätte auf der letzten Katholikenversammlung den Kulturkampf erneuert. Hätte ich es gethan, würde man mich vom Präsidentenstuhl gerissen haben. Ich habe lediglich von einem neuen Kulturkampf gesprochen, der im Anzuge zu sein scheine. (Abg. **v. Eynern:** Nun also!) Das ist etwas ganz anderes. Ich habe die Augen geschärft und auf die Erstarkung einer Kampfstimmung im Evangelischen Bunde aufmerksam gemacht. Dort ist schon 1898 das Wort von einem neuen Kulturkampf gefallen. (Abg. **v. Eynern** (natl.): Warum soll es denn nicht! Heiterkeit.) Ja, warum werfen Sie es denn mir vor, einen solchen Ausdruck gebraucht zu haben, den dieser evangelische Mann weit früher gebraucht hat, der Ihnen, Herr v. Eynern, konfessionell ja näher steht, wenn wir auch persönlich uns wohl näher stehen? (Heiterkeit.) Wir wenden uns dagegen wegen den linken Parteien im Reichstage, nicht blos wegen der Sozialdemokraten, sondern auch wegen der Partei, die besonders durch die „Frankfurter Zeitung" vertreten ist. Denken Sie an die Freimaurerlogen und ihren internationalen Kampf gegen das Christenthum! Auch Bebel spricht in der Vorrede zu seinem 1901 neu herausgegebenen Buche „Die Ideen des Sozialismus" von einem „neuen Kulturkampf". Wenn die Gegner die Bewegung so bezeichnen, warum soll mir als Präsidant der Katholikenversammlung das verwehrt sein? Vielleicht läßt sich Herr v. Eynern, der doch behauptet, auf kirchlichem Boden zu stehen, dadurch eines Besseren belehren, und er kommt zu uns, und was wäre das für eine Freude, wenn aus diesem Saulus ein Paulus würde! (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Eynern** (natl.,

als er die Bühne betritt, begrüßt er sich mit dem Abg. Trimborn unter der Heiterkeit des Hauses):

Der Abg. Dittrich möchte die geistliche Schulinspektion so weit wie möglich ausbehnen, allerdings zunächst in den Ortsschulinspektionen. Die Schulaufsicht ist unserer Meinung nach Sache des Staates, der sich allerdings die Mitwirkung der Kirche dabei erbitten kann. Da nun der Abg. Dittrich auf die geistliche Kreisschulinspektion gewissermaßen verzichtet (Widerspruch) oder doch nicht den Werth darauf legt, so können wir vielleicht noch zu einer Einigung kommen. (Heiterkeit. Widerspruch.) Die Vorwürfe des Abg. Trimborn gegen mich sind hinfällig. Es handelt sich ja hier nicht sowohl um die Person des Abg. Trimborn als um die Richtung, die er und seine Freunde vertreten. Er sprach von einem Kulturkampf, einer von Rom-Bewegung, dem Ansturm einer gewissen Propaganda, die mit kirchenfeindlichem Instinkte zunächst die Diener der Kirche verächtlich mache. **Ich glaube, hier im Namen des gesammten evangelischen Volkes erklären zu dürfen,** daß von ihm eine **solche Bewegung nicht ausgeht,** in ihm nicht existirt. Daß aber solche Strömungen wieder und wieder auftauchen, kann Niemand verhindern. Wenn einmal scharfe Worte im Gustav-Adolph-Verein gefallen sind, so waren das Antworten auf die maßlosen Angriffe der extrem-katholischen Richtung. Der Gustav-Adolph-Verein ist ein friedfertiger und schöner Verein, der segensreich wirkt. Daß der Staat auch die katholische Kirche nach Möglichkeit unterstützt, beweist die starke **Vermehrung der katholischen Kirchen** und Bethäuser. Gegen den Ultramontanismus wird sich allerdings der Kampf immer wiederholen. Denn das Wesen des Ultramontanismus besteht darin, daß er den Staat und seine Macht den kirchlichen Ansprüchen dienstbar machen will. Dieser Geist dirkirt auch den Antrag, dem Gustav Adolph-Verein den Girzenich zu verweigern, obwohl er für katholische Vereine hergegeben wird. Für sich fordern die Herren völlige kirchliche Freiheit, den Staat, die Stadtgewalt wollen sie aber zu unparitätischem Verhalten auffitzlen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir müssen deshalb den Minister auffordern, alle sogenannten Paritätsforderungen des Centrums abzulehnen, weil wir sehen, daß auf dem linken Rheinufer unter Führung des Abg. Trimborn eine unparitätische Bewegung im Aufsteigen begriffen ist. (Ruf im Centrum: Unerhört! Unruhe. Sehr gut! bei den Nationalliberalen. Beifall.)

Abg. **Funck** (fr. Vp.):

Konfessionelle Schulen in dem Sinne, wie sie hier gefordert werden, sind die **Schulen der Stadt Frankfurt a. M.** nie gewesen. Man hatte immer nur paritätische Schulen errichtet. Erst seit der Zeit des Kultusministers v. Goßler geht die Agitation auf konfessionelle Scheidung, und das Vorgehen des katholischen Geistlichen und der Gemeinde war nicht objektiv, um mich gelinde auszudrücken. Man beschuldigte die Simultanschulen der Lockerung des religiösen Gefühles. Nun sind sowohl Kollege Cahensly wie Dr. Lieber Beide aus der Simultanschule gekommen. Bei Beiden habe ich keine Lockerung des religiösen Gefühls bemerkt. Was diese Stellung mit dem Begriff „staatserhaltend" zu thun haben soll, verstehe ich auch nicht. Die religionslose Schule wünschen wir auch nicht. Diese Eingabe der katholischen Gemeinde sieht etwas wie Denunziation aus. Die Regierung hat denn auch ein besseres Verständniß bewiesen, insbesondere der Ministerialdirektor Dr. Kügler, den wir mit Bedauern aus dem Amte scheiden sehen. Unsere Schulen sind in blühendem Zustande, ihre Lehrer sind hoch besoldet. Wir wollen uns natürlich vor dem ersten Schritt bewahren und wollen uns in unser Schulwesen nicht eingreifen lassen, nicht unsere leistungsfähigen Volksschulen zersplittern lassen in kleine konfessionelle Winkelschulen. Wo die Zahl Schüler da ist, sind übrigens auch katholische Schulen vorhanden, und an unseren paritätischen Schulen wird katholischer Religionsunterricht ertheilt.

Abg. Freiherr **v. Wangenheim** (kons.):

Ich gehöre zu den Unglücklichen, welche der **Zolltarifkommission als Mitglieder angehören** und deshalb nicht allzu häufig hierher kommen können. Ich bitte, mir deshalb die Vorbringung von **Sonderwünschen** hier zu gestatten. Ich hoffe zunächst, daß uns ein Volksschulunterhaltungsgesetz mindestens im nächsten Jahre vorgelegt werde. Die seminaristisch gebildeten Lehrer an höheren Schulen beschweren sich, daß sie in den Normaletat nicht einbezogen sind. Die Stadt Kyritz ist mit Entziehung ihres Schulzuschusses bedroht, wenn sie das Gehalt des Rektors und der Lehrerinnen nicht nach dem Normaletat umgehend erhöhe. Die Regierung hat gewiß das Recht, aber dort herrscht eine bildungsfeindliche Strömung, die nahm vielleicht die Aufhebung der ganzen Töchterschule durchsetzt. Ich bitte deshalb, nicht so schroff vorzugehen. Zur Erhöhung der Vorbildung des **thierärztlichen Studiums** wird die Forderung des Abiturientenexamens als Vorbedingung zur Zulassung gefordert. Die alte gothische Marienkirche in Stargard, die bis ins neunte Jahrhundert zurückreicht, ist theilweise baufällig. Die Kirchengemeinde ist nicht reich; ein Zuschuß wäre am Platze und gerechtfertigt. Werden doch für die **Berliner Kirchen** so große Summen aufgewendet, daß sich eine Zuwendung an dies heimische Baurerk wohl empfiehlt. (Beifall.) Die Bitten liegen hier auf dem Tisch des Hauses.

Geh. Rath **Titmann:**

Im Falle Kyritz ist die Regierung nicht schroff vorgegangen. Die Frage wird noch einmal erwogen. Die Anfwendungen für die Berliner Museen und Kirchen stehen doch auf anderer Stufe als für kleine Provinzkirchen. Indessen schweben schon Verhandlungen über die Restaurirung der Stargarder Marienkirche. Die Frage der Ausbildung der Thierärzte und der Forderung des Abiturriums ist noch nicht endgiltig entschieden. (Beifall.)

Abg. **Stychel** (Pole):

Der Abg. Dr. Friedberg weiß, ob es uns nicht die Schamröthe ins Gesicht treibe, daß aus Anlaß der Wreschener Vorgänge das Ausland gegen Preußen angerufen sei. Nun, ein Pole, der Geistlicher ist, hat die Pflicht, für seine ihm anvertrauten Schäflein zu sorgen, und dem muß die Behandlung der **Wreschener Kinder** das Blut in die Wangen treiben. Wie die Herren die **preußisch-polnische Gemeinschaft** auffassen, giebt diese eigentlich den Polen nichts weiter als das Recht, im **Frieden Steuern zu zahlen,** im **Kriege mit zu bluten.** Sie werden nur dann nicht mehr als Fremde betrachtet, wenn sie die Sprache ablegen; und doch fügen sie auf ihrer heimischen Scholle. Ein Unrecht wird nach 30 Jahren nicht Recht. In Wreschen zog sich ein Lehrer eine Strafversetzung zu, nur weil er die Kinder nicht genügend im Deutschen gefordert haben sollte. Und diesen Kindern wurde ein Jahr später der Religionsunterricht in deutscher Sprache ertheilt! Redner beschwert sich über Mangel an katholischen Schulen gegenüber den protestantischen Schulen und die grausame Behandlung von Kindern. Das **preußische Schulsystem gehöre auf die Anklagebank.** Die Schule wird für politische Sonderzwecke zur Zuchtanstalt in Preußen. Moralisch unreif seien Schulkinder nicht, die das elterliche Gebot am höchsten stellen. (Beifall.) Die Entziehung des Schulzuschusses für Wreschen führe Wreschen dem finanziellen Ruin zu.

Während zweier Stunden ergeht sich Redner in diesem Thema. Darauf vertagt das Haus nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Trimborn (Ctr.) und v. Eynern (natl.) die weitere Berathung auf Sonnabend, 11 Uhr.

Schluß gegen ½6 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

K. Die **Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** hielt heute vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab, in der der Kultusetat fertiggestellt wurde. Zur Berathung stand das Extraordinarium des Etats. Größere Debatten knüpften sich nur an zwei Posten. Für den Bau einer Irrenanstalt in Greifswald werden 200,000 Mark verlangt. Bemängelt wurde die kleine Zahl — 62 — der Irren, die dort untergebracht werden soll. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß eine klinische Anstalt an einer Universität, und eine solche solle es nur sein, nur eine für Unterrichtszwecke ausgewählte Zahl von Kranken aufnehmen könne, während eine Privatanstalt sämmtliche Kranke aufnehmen müsse. Die Summe wurde hierauf bewilligt. Zur Gewährung von Beihilfen an deutsche evangelische und katholische Kirchengemeinden in den ehemals polnischen Landestheilen sind 500,000 Mark ausgeworfen für den Bau von Kirchen und Pfarrhäusern. Die Summe wird im Interesse des Deutschthums in den Ostmarken von der Regierung verlangt, und von konservativer und nationalliberaler Seite wird die Bewilligung befürwortet. Centrum, der Pole und der freisinnige Volksparteiler erklärten sich dagegen. Die Forderung wurde schließlich gegen die Stimmen des Centrums, des Polen und des Volksparteilers bewilligt. Nächste Sitzung Dienstag Abend: Eisenbahnetat.

Die Arbeiterverhältnisse in den Heeres- und Flottenbetrieben des Reiches.

Dem Reichstage sind soeben Uebersichten über die Arbeiterverhältnissen in den Betrieben der Reichsmarine, der preußischen, bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltung zugegangen. Sie enthalten eine fast unübersehbare Fülle von ungemein lehrreichen Angaben, die namentlich für Sozialpolitiker und Gewerbetechniker von hohem Interesse sein werden. Wir entnehmen diesen statistischen Angaben Folgendes: Die bei der Marineverwaltung gezahlten Löhne stufen sich je nach der Art der Beschäftigung von 3,03 Mark für Handlanger, Materialienausgeber bis zu 4,87 Mark für Eisen- und Metallarbeiter ab. Lehrlinge und Jungen erhalten 1,20 Mark. Arbeiterinnen 2,19 Mark Tageslohn. Jahresverdienste unter 800 Mark haben 3,3 Prozent, unter 900 Mark 6,7 Prozent, insgesammt 18,6 Prozent unter 1000 Mark, 60,7 Prozent verdienen zwischen 1000 und 1500 Mark, 20,7 Prozent über 1500 Mark. An allen Werften wurden 18,922,258,70 Mark Löhne ausgezahlt. Von den Arbeitern waren 52 Prozent unter 5 Jahren, 20,2 Prozent zwischen 5 und 10, 10 Prozent zwischen 10 und 15; je 7 Prozent zwischen 15 und 20 und 20 bis 25, 7 Prozent zwischen 25 bis 30 und 1 Prozent über 30 Jahre beschäftigt. Die Jahreseinnahmen der Betriebskassen beliefen sich auf 826,711 (44,39 Mark auf den Kopf), die Ausgaben auf 808,727 Mark (also 43,32 Mark auf den Kopf). Auf die 18,175 versicherten Personen kamen 176 Unfälle (31,22 aufs Tausend), darunter 10 Todesfälle. Renten an Verletzte wurden gezahlt und 146,232 Mark, an Wittwen 107,119 Mark, Abfindungen 3308 Mark, Renten an Kinder 14,125 Mark, insgesammt 180,017 Mark. Zur Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wurden aufgewendet 132,016 Mark. Außerdem wurden 48,904 Mark einmalige Unterstützungen gezahlt. Innerhalb der preußischen Heeresverwaltung bestehen 19 selbstständige Krankenkassen, von denen 17 ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaftsdauer freie Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel bis zu einem Jahre gewähren. Das Krankengeld beträgt bei 12 Kassen 50 Prozent, bei 3 Kassen von 53 bis 60 Prozent, bei ebenso vielen etwas über 66 Prozent, bei 1 Kasse 75 Prozent des zur Beitragszahlung herangezogenen Lohnes. 15 Kassen gewähren auch den Angehörigen freie ärztliche Behandlung. Zur Krankenversicherung hat die Verwaltung im Jahre 1900 beigetragen 272,120 Mark. Die Einnahmen betrugen 639,227 Mark, die Ausgaben 621,243 Mark.

Bei allen Behörden, die 20 Arbeiter und darüber beschäftigen, bestehen Arbeiterausschüsse; sonst tritt ein Vertrauensmann an deren Stelle. Zwischen 14 und 18 Jahren werden Arbeiter nur in beschränktem Maße und vorzugsweise als Lehrlinge eingestellt. Sie dürfen in keinem gesundheitsschädlichen Betriebe beschäftigt werden. Ihre Arbeitszeit beträgt höchstens zehn Stunden. Die Ausnutzung der Lehrlinge zu Gunsten einer billigeren Herstellung von Heeresgeräth ist untersagt; Lehrlinge werden nur insoweit beschäftigt, als zur Heranbildung eines tüchtigen Arbeiterstammes erforderlich erscheint. Arbeiterinnen werden nur in Betrieben verwendet, welche besondere Fingergewandtheit erfordern und Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit ausschließen.

In den Betrieben sind hinreichend große Ankleideräume (für jedes Geschlecht), Kleiderschränke, Waschneinrichtungen, Warm- und Kaltbadeanstalten, heizbare Speisesäle, in denen Zeitungen und Zeitschriften ausliegen, Wärmevorrichtungen, Speisebeförderungswagen, Kochapparate, Kantinen vorhanden. Für erste Hilfeleistungen bei Unfällen ist ausreichend gesorgt. Außerdem besteht ein Unterstützungsfonds, für den ein Reichsbeitrag von 478,000 Mark ausgeworfen ist, ferner sind Darlehns- und Unterstützungskassen in Betrieb. An Arbeiterwohnhäusern bestehen in Spandau 27 ein-, 40 zwei- und 3 dreistöckige für insgesammt 449 Familien und 28 Einzelwohner; in Hanau bestehen 2 ein- und 5 zweistöckige Häuser für 44 Familien. Die Miethspreise stufen sich von 220—54 Mark jährlich ab. Die Fabrik- und Depothöfe sind durch Rasen- und Baumanpflanzungen geschmückt, mit Bänken versehen; Bücherein werden unterhalten. Schulen sind in der Kolonie Alt-Hafelhorst und in Hanau eingerichtet. Erstere wurde im Sommerhalbjahr von 135 Knaben und 171 Mädchen besucht. Außerdem existiren Handarbeits-, Haushaltungs-, Kleidterschulen, Kinderhorte, Kinderspielplätze und ein Mädchenheim (auf dem Gelände der Spandauer Pulvermühle) für 250 Aufnahmesuchende.

✠ Militärische Nachrichten.

• Die vom 27. Februar datirte Kabinetsordre über die **Rekrutirung der preußischen Armee** im Jahre 1902 bestimmt unter anderem: Der spätere Entlassungstag für die abgehenden Mannschaften ist der 30. September. Bei den Truppentheilen, die an den Herbstübungen theilnehmen, soll die Entlassung der zur Reserve zu beurlaubenden Mannschaften in der Regel am zweiten, ausnahmsweise am ersten oder dritten Tage nach deren Beendigung stattfinden. Die Trainmannschaften, Oekonomiehandwerker und Militärkrankenwärter sind genau am 30. September zu entlassen. Die Rekruten sollen bei der Kavallerie, bei der reitenden Feldartillerie und beim Train möglichst bald nach dem 1. Oktober, jedoch grundsätzlich erst nach Wiedereintreffen der Truppen von den Herbstübungen, die Rekruten für das 2. Fußartillerie-Regiment und für die Unteroffizierschulen, sowie die als Oekonomiehandwerker und Militärkrankenwärter ausgehobenen Rekruten sollen am 1. Oktober eingestellt werden. Für die Rekruten aller übrigen Truppentheile hat das Kriegsministerium den näheren Zeitpunkt der im Laufe des Oktober stattfindenden Einstellung festzusetzen. Zur Deckung von Abgängen durch Tod oder Unbrauchbarkeit sollen bei den Infanterietruppentheilen mit Ausnahme der Oekonomiehandwerker, wie im Vorjahre, 8 vom Hundert, im übrigen 9 vom Hundert Rekruten über den festgesetzten Bedarf hinaus eingestellt werden und zwar gleichzeitig mit den übrigen. Die bei den Infanterietruppentheilen zu einer einjährigen aktiven Dienstzeit zur Einstellung gelangenden Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamts gelten als überetatsmäßige Rekruten über vorstehende 8 Prozent. Truppentheile, die sich lediglich durch Freiwillige rekrutiren, dürfen solche auch für die überetatsmäßigen Rekrutenzahlen in Aussicht nehmen. Das Kriegsministerium betont in seiner Ausführungsverfügung, es werde besonderer Werth darauf gelegt, daß Mannschaften, deren Dienstunfähigkeit festgestellt ist, nicht länger, als unbedingt erforderlich, im Dienst zurückbehalten, vielmehr mittels eines beschleunigten Verfahrens seitens des Generalkommandos entlassen werden.

Personal-Veränderungen in der kgl. Preußischen Armee.

Offiziere. Ernennungen und Versetzungen. Im aktiven Heere. Oberst, Oberstlt. und Kommandant des Invalidenhauses in Karlshafen, zum 1. April 1902 in eine Comb. Chefstelle des Invalidenhauses zu Berlin versetzt, Bauer, Lt. im Inf. Regt. Nr. 63, in das Inf. Regt. Nr. 61 versetzt, Gabnke, Oberlt. im Garde-Feldart. Regt., unter Belassung in den Kommando als Adjutant bei der 1. Garde-Feldart. Brig. in das Lehr-Regt. der Feldart. Schießschule versetzt. Abschiedsbewilligungen. Gr. v. Schlieffen, Oberstlt. a. D., zuletzt Major im Kaiser Franz Garde-Gren. Regt. Nr. 2, der Charakter als Oberst. Beamte der Militär-Justizverwaltung. Boethke, Militärgerichtsschreiber beim Gen. Kommando des 2. Armeekorps, zum Militärgerichtsschreiber beim Stabe eines kommandirenden Generals ꝛc. befördert. Beamte der Militär-Verwaltung. Muhs, Proviantamtsassistt., bisher Feld-Magazinassistt. beim Feld-Bäckereiamt des Proviantamtsassistt., bisher Feld-Magazinassistt. beim Feld-Bäckereiamt des Oberkommandos der Marine, zum Proviantamtsassistt. in Insterburg ernannt. Ostafrikat. Expeditionskorps, beim Proviantamt in Daressalam eingereicht, Bücker, Kalenzinsky, in Minden versetzt, Keuche, Rechnungsrath, Garn. Verwalt. Direktor in Frankfurt a. M., und Böttcher, Proviantmeister in Torgau, auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt. Schatte, Kasernen-Inspektor in Straßburg i. E., nach Schwedt versetzt. Stirnagel, Kasernen-Inspektor in Glogau, zum Garn. Verwalt. Kontroleur mit einem Dienstalter vom 16. April 1901 ernannt, Lenz, Proviantamtsassistt., bisher Feld-Magazinassistt. beim Etappen-Magazinpersonal des Ostafrikat. Expeditionskorps, beim Proviantamt in Königsberg i. Pr. eingereiht, Wiesalek, Schröder, Garn. Bauwarte auf Probe in Kolberg bezw. Bromberg, endgiltig angestellt, Petri, Proviantmeister in Diedenhofen, nach Torgau versetzt, Gaulina, Proviantamtsassistent in Straßburg in Elsaß, mit Pension in den Ruhestand versetzt, Sackmann, Proviantamtsaspirant, als Proviantamtsassistent in Danzig angestellt. Diätar, Zickler, Assistenten auf Probe, zu Bekleidungsamtsassistenten beim 7. Armeekorps ernannt, Bobach, Zahlmstr. Asp., zum Zahlmstr. beim 6. Armeekorps ernannt, Müller, Intend. Rath von der Intend. des 8. Armeekorps, beim Rücktritt von der Dienstleistung bei dem Kaiserlichen Gouvernement von Deutsch-Ostafrika der Intend. des 3. Armeekorps überwiesen. Ostafrikanische Besatzungsbrigade. Siedentopf, bisher Bauanwärter in Berlin, mit einer Bauwartstelle bei der Bauverwalt. unter Ernennung zum Bauwart beliehen.

⚓ Marinenachrichten.

• Der kleine Kreuzer **„Cormoran"** beendet in diesen Tagen eine neunmonatige Kreuzfahrt, die sich über das ganze Schutzgebiet der Südsee erstreckte. Die Expedition begann mit dem Strafzuge gegen die Insulaner auf St. Mathias im Juni 1901. Das Schiff besuchte dann die Gesellschafts- und Marquesasinseln und traf Ende September in Pago-Pago auf Samoa ein. In den samoanischen Gewässern kreuzte der „Cormoran" zwei Monate. Ende November trat der Kreuzer mit westlichem Kurs eine Ausdreise nach Jaluit, dem Sitz des Landeshauptmanns der Marschallinseln, an und ging am 7. Dezember im Hafen vor Anker. Nach zehntägigem Aufenthalt wurde die Weiterfahrt nach dem mikronesischen Kolonialgebiet angetreten. Am 22. Januar erreichte der „Cormoran" Saipon auf den Marianen und am 31. Januar Ponape auf den Ostkarolinen und dampfte über Yap durch den Bismarck-Archipel nach Matupi, wo die Ankunft dieser Tage erfolgt. Seit langer Zeit hatte kein Kriegsschiff die Flagge in dem neuen Kolonialgebiet gezeigt. Das Schiff geht in diesem Monat nach Sidney, um eine Dockung vorzunehmen. Der jetzige Kommandant, Korvettenkapitän Grapow, tritt die Heimreise an und wird durch den Korvettenkapitän v. Buröki ersetzt. Der „Cormoran" weilt bereits mehr als sieben Jahre ununterbrochen im Auslande und dürfte bald heimberufen werden.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts stellte im Frühjahr 25 Eleven für das höhere Maschinenfach ein, die mit den Seekadetten die gleiche Ausbildung erhalten. Unter ihnen befinden sich sieben Berliner. Die große Dampfpinasse des Torpedoschulschiffes „Blücher" rannte Dienstag Abend bei starkem Nebel gegen das Bollwerk der Flensburger Privatwerft und erlitt schwere Beschädigungen. Das Fahrzeug sank sofort, doch wurde die ganze Besatzung gerettet.

Koloniales.

• Eine bemerkenswerthe Neuerung ist, wie kurz telegraphisch gemeldet, innerhalb der **Militärverwaltung** des Gouvernements **Kiautschau** eingetreten, indem dem Gouverneur ein Stabschef zugetheilt worden ist. Bisher bestand die Militärverwaltung aus dem Befehlshaber der Streitkräfte an Land, Gouverneur Kapitän zur See Truppel, dem zwei Adjutanten beigegeben waren, dem Artillerieoffizier vom Platz, zwei Offizieren vom Fortifikationsdienst und dem Garnisonarzt. Infolge der Zunahme der Geschäfte hat sich das Reichsmarineamt veranlaßt gesehen, einen Offizier zum Chef des Stabes zu ernennen. Mit der Wahrnehmung dieses Postens ist der Korvettenkapitän Funke beauftragt worden. Korvettenkapitän Funke, der zweitjüngste Stabsoffizier unserer Marine, hat sich bereits mehrfach hervorgethan. Er war 1895 Flaggleutnant des Manövergeschwaders und 1898 Kommandant eines Divisionsbootes und Chef einer Torpedobootsdivision. Der Kaiser ernannte ihn im Frühjahr 1900 zum Führer der Rheintorpedodivision, und damals wurde sein Name im ganzen Reiche genannt und bekannt. Nach der Rückkehr von der Rheinfahrt wurde er erster Offizier des Küstenpanzers „Hagen" und nach dem Untergange der „Gneisenau" übernahm er denselben Posten an Bord des Geschützschiffes „Stein", da der erste Offizier der „Gneisenau", Kapitänleutnant Berninghaus, vor Malaga ertrunken war. Vor wenigen Wochen war F. zum ersten Adjutanten des Gouvernements Kiautschau ernannt worden; diese Stelle übernimmt Hauptmann v. Lilienceron vom dritten Seebataillon. Die Schaffung des Postens eines Stabschefs in Kiautschau kommt daher recht unerwartet. — Der Kaiser ernannte den Leutnant zur See v. Müller vom Kanonenboot „Panther" zum Adjutanten des Prinzen Adalbert während der Beurlaubung des prinzlichen Militärgouverneurs v. Ammon nach der Heimkehr der „Charlotte". Die ursprünglich auf den 1. März festgesetzte Indienststellung des Panzerkreuzers „Prinz Heinrich" ist verschoben worden. Nach einer Mittheilung des Kommandos der Ostseestation wird sie voraussichtlich am 10. März stattfinden.

VEREINE • VERSAMMLUNGEN.

• In der Sitzung der **Volkswirthschaftlichen Gesellschaft** zu Berlin am 5. d. M. machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß dem Mitbegründer der Gesellschaft, Dr. Alexander Meyer, an dessen 70. Geburtstage, dem 22. Februar, eine silberne Votivtafel seitens des Vorstandes überreicht worden ist. Dr. Alexander Meyer sprach der Gesellschaft für diese Ehrung seinen Dank aus. Als Gegenstand für seinen Vortrag hatte Reichstagsabgeordneter Dr. Hans Crüger das Thema gewählt: Handel und Genossenschaftswesen. Der Referent hob einleitend hervor, wie seit dem letzten Jahrzehnt das aus kleinen Anfängen emporgewachsene Genossenschaftswesen, insbesondere auf dem Gebiete der Landwirthschaft, zu einem Lieblingskinde des Staates geworden ist, während in früheren Zeiten den von liberaler Seite auf dem Grundsatz der Selbsthilfe begründeten Genossenschaften das größte Mißtrauen der herrschenden Kreise entgegengebracht wurde, das heute dem Handel gegenüber zum Ausdruck kommt. Er bezeichnete die agrarischen genossenschaftlichen Organisationen als einen Mißbrauch des Genossenschaftswesens und die Parteinahme des Staates für diese wie deren Förderung durch die preußische Centralgenossenschaftskasse auf Kosten anderer Berufsstände als Widerspruch stehend mit der vom Staate zu übenden ausgleichenden Gerechtigkeit gegenüber den wirthschaftlichen Interessen. Der Zweck der genossenschaftlichen Organisation, die ursprünglich eine Vereinigung der wirthschaftlich Schwachen war, um sich die Vortheile des Großeinkaufs zu verschaffen, ist die Genossenschaftsform des Kredits; sie bildet so eine Ergänzung der Aktiengesellschaften. Ihre heutige Bedeutung liegt klar zu Tage. Unter den 21,000 deutschen Genossenschaften gewährten die 975 Kreditgenossenschaften 2½ Milliarden Mark Kredet in einem Jahre, die 1600 Konsumvereine erzielten einen Verkaufserlös von 127 Millionen Mark, die 1055 landwirthschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften einen solchen von 25 Millionen Mark. Für den Handel liegt die Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation in den von dieser erstrebten Endzielen. Schon erwägt man auf sozialistischer Seite die Schaffung einer Konsumentengenossenschaft, die ihrerseits durch Ausschaltung der Zwischenglieder stark zu einer Regelung der Produktion schreiten soll, — das ist freilich Utopie; allein die hohe Anpassungsfähigkeit des Genossenschaftswesens hat in unserer Zeit der Kartellirungen schon Ringbildungen entstehen lassen, wie die der süddeutschen Spiegelglasfabrikanten, der mitteldeutschen Ziegeleien; die genossenschaftliche Organisation bedient sich heute schon der Formen des Großbetriebes, sie ist als neue Betriebsform im Handel selbst entstanden. Konsumvereine wie der Görlitzer mit 6 Millionen Mark und der Breslauer mit 13 Millionen Mark Jahresumsatz sind thatsächlich Großhandelsunternehmungen. Bei der Genossenschaft der Eisenhandelsfabrikanten erkennen wir, wie das Prinzip hier wieder zur Sprengung der Ringbildung verwendet wird. Die genossenschaftliche Organisation ist für die wirthschaftlichen Interessengegensätze nicht verantwortlich zu machen, die zwischen den Einund Verkaufsgenossenschaften der Handwerker und denen ihrer Lieferanten auftreten. Nirgends hat die genossenschaftliche Organisation mehr Anwendung gefunden als in der Landwirthschaft. Es besteht die Absicht, den Zwischenhandel hier gänzlich auszuschalten. Die Getreidehandelsgenossenschaften erreichten ihr Ziel nicht, die Kornhäuser brachten keine Verzinsung, dennoch strebt man schon auf agrarischer Seite, die internationale Getreidepreisbildung zum Schaden der Konsumenten in die Hand zu bekommen. Die Beginstigung der Kornhäuser indessen, die in schwierigen Zeiten versagen, aber den Getreidehandel zugleich vernichten, kann für den Staat selbst zur Gefahr werden. Das gleiche Ziel der Ausschaltung des Handels wollen die Agrarier mittels der deutschen Viehverwerthungsgenossenschaft erreichen. Dem „Mägerviehhof" soll der Schlachtviehhof folgen, und alle handwerksmäßigen Betriebe trifft dann das gleiche Schicksal wie den Handel. Der Referent führte die Operationen der Milchcentrale während des Berliner Milchstreiges als Beispiel für das Streben der agrarischen Genossenschaften an, die Preisbildung zu ihrem Vortheil zu gestalten. Indessen ist gerade die genossenschaftliche Organisation selbst das beste Mittel, diese Uebergriffe zu bekämpfen; sie ist eines Zeben gutes Recht; nur ist die neutrale Stellung des Staates in den Wirthschaftskämpfen zu fordern. Allein durch die Einführung der „beschränkten Haftung" haben insbesondere die landwirthschaftlichen Genossenschaften ihre Bedeutung gewonnen. Sind die Genossenschaften geeignet, die Konkurrenz des Handels auf der einen Seite zu erschweren, so können sie auf der anderen Seite ihn fördern, wenn der Handel namentlich der Kleinhandel, durch Erwerb besserer Kenntnisse des Wirthschaftslebens seiner Aufgabe, die entstehenden Bedürfnisse zu befriedigen, mehr als bisher gerecht wird. Es liegt kein Grund des Mißtrauens vor von Seiten des Handels gegenüber den Genossenschaften; denn neben politischer und wirthschaftlicher Freiheit wird die Erweiterung der Bildung und demgemäß die richtige Erkenntniß wirthschaftlicher Bedürfnisse den Handel am besten fördern. Dr. Alexander Meyer sprach gleichfalls im Sinne des Vortragenden über die Bedeutung des Handels als wirthschaftlichen Faktors.

• Die Generalversammlung **des Vereins Deutscher Handelsmüller** hat am 3. d. M. in Berlin getagt und außer den internen Vereinsangelegenheiten eine Reihe wichtiger Punkte von allgemeinem Interesse verhandelt. So wurde beschlossen, bezüglich des Zolltarifs noch einmal entschieden gegen die Aufhebung der Zollkredite ꝛc. Stellung zu nehmen, da nach der Ansicht des Vereins diese Maßregelung die Verringerung der schon sehr geringen sichtbaren Brodgetreidevorräthe zur Folge haben müßte. Dadurch aber würde die Ernährung des deutschen Volkes, namentlich in Kriegszeiten, auf das Schwerste gefährdet, während die Mühlenindustrie dadurch empfindlich geschädigt und in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschwächt werden würde, ohne daß die Landwirthschaft auch nur den geringsten Vortheil davon hätte. Ein anderer wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Durchberathung und einstimmige Annahme von gemeinsamen Verkaufsbedingungen für Mehl und Kleie. Dadurch werden zum ersten Mal für das ganze deutsche Reich einheitliche Handelsgebräuche für den Mehl- ꝛc. Handel festgelegt, was besonders für die gerichtlichen Entscheidungen von großer Tragweite ist. Die Mitglieder des Vereins werden diese Bedingungen ihren Mehl- ꝛc. Verkäufen nach Möglichkeit zu Grunde legen. Des Weiteren wurde eine neue, von dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn F. W. Meyer, Hameln, verfaßte Buchführung, die sich auch für den bücherlichen Nachweis beim Mehlexport besonders gut eignet und deshalb der Regierung zur Einführung für die Exportmühlen vorgeschlagen werden soll, besprochen. Im Zusammenhange damit wurde beschlossen, der Regierung eine Aenderung des Mühlenregulativs dringend zu empfehlen dahin, daß Mehle, die in mehrere Regulativausbeutekassen fallen, nicht mehr, wie bisher, ungerechterweise nach den Sätzen der geringsten Klasse, sondern entsprechend den verschiedenen Klassenantheilen prozentual nach den Sätzen der betreffenden Klassen verzütet werden sollen. Bezüglich der Getreideexportartikel, deren Aufhebung von den Mühlen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands gefordert wird, da sie eine ungerechtfertigte Begünstigung der Konkurrenten im Auslande darstellten und den Binnenmühlen das inländische Getreide knapp machten und vertheuerten, wurde noch kein definitiver Beschluß gefaßt, sondern eine Kommission zur gründlichen Vorunterfuchung und Klärung dieser Frage eingesetzt. Schließlich kam noch die neuerdings vielfach zur sachgemäße Anwendung der sogenannten Militärtarife zur Sprache. Es wurden nach dieser Richtung hin eigenthe drastische Beispiele angeführt, laut welchen die bekanntlich außerordentlich niedrigen Militärtarife auch für andere militärische Zwecke, für welche sie gesetzlich keineswegs bestimmt sind, im fiskalischen Interesse widerrechtlich benutzt worden sind. Es wurde beschlossen, weitere Erhebungen in dieser Angelegenheit zu veranstalten und eventuell geeignete Schritte zur Behandlung derselben im Reichstage zu veranlassen.

Deutschland.

• Vom **Reichsversicherungsamt** ist der Entschädigungsanspruch eines altklut ernehmer versicherten Maurermeisters, der einen Nachbarort besuchte, um mit einem Kunden zu verhandeln und einen Theil seines Arbeitsgeräths dorthin zu schaffen, und der bei der Heimkehr auf der Landstraße den Fuß brach, aus folgenden allgemein versicherungsrechtlichen Gründen entgegen der Auffassung des Schiedsgerichts abgelehnt worden: „Die Betriebsthätigkeit eines Unternehmers ist nur innerhalb derjenigen Grenzen versichert wie diejenige eines Arbeiters; der Arbeiter ist aber nur gegen die Gefahren des Betriebes, das heißt der schaffenden, technischen Thätigkeit mit ihren Hilfsverrichtungen, versichert, nicht aber insoweit, als seine Handlungen dem auf die Verwerthung des Ergebnisses jener Thätigkeit zielenden, rein kaufmännischen Gewerbebetrieben des Unternehmers dienen. Demgemäß hat das Reichsversicherungsamt zwar die Wege, die der versicherte Kleinmeister von einer Arbeitsstelle zur anderen zurücklegen muß, im Allgemeinen als einen Theil seiner versicherten sachlichen Thätigkeit angesehen, nicht aber die zur Vorbereitung jener Thätigkeit, zum Beispiel zur Anwerbung von Arbeitern, unternommenen Reisen. Ob der Kläger die Gelegenheit benutzt hat, sein Arbeitsgeräth an die zukünftige Arbeitsstelle zu schaffen ist unerheblich, da dasselbe am Reiseziel zurückgelassen wurde, also bei der Heimreise nicht mehr in seinem Besitz war. Der Unfall, der sich erst auf dem Heimwege ereignete, nicht versichert haben kann. Bei dieser Beurtheilung der Sachlage liegt überhaupt kein Betriebsunfall vor.

• Das neue **Unfallversicherungsgesetz** bestimmt, daß einem erwerbsunfähigen Verletzten, welcher derart hilflos ist, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, für die Dauer dieser Hilflosigkeit die Rente bis zu 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes erhöht werden kann. Hierzu hat sich das Reichsversicherungsamt in einer neuen Rekursentscheidung, wie folgt, geäußert: Wollte man die Bestimmung so auslegen, daß die Rentenerhöhung jedem Verletzten zustehe, der auf die Unterstützung anderer Personen in gewissen Beziehungen oder zu gewissen Zeiten angewiesen ist, so würde der vom Gesetz gemachte deutliche Unterschied zwischen vollständig Erwerbsunfähigen und Solchen, die sowohl erwerbsunfähig sind, als auch ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen können, gänzlich beseitigt werden. Denn wohl bei Jedem, der durch einen Betriebsunfall so schwer betroffen ist, daß er völlig erwerbsunfähig wurde, wird in gewissem Umfange eine Unterstützung durch Andere erforderlich sein. Es muß deshalb angenommen werden, daß das Gesetz nicht diese nur theilweise Unterstützung durch fremde Personen meint, sondern denjenigen hohen Grad der Gebrechlichkeit und Hilflosigkeit, bei welchem der Verletzte fast in jeder Lage und zu jeder Zeit der fortwährenden Unterstützung einer anderen Person nicht entbehren kann. Ist der Verunglückte beispielsweise noch in der Lage sich auf den Füßen frei zu bewegen, sich Thüren zu öffnen oder andere ähnliche geringfügige Funktionen auszuüben, so liegt auch kein Grund zur Erhöhung der Rente auf den vollen Jahresarbeitsverdienst vor.

⁂ Medizinischer Büchertisch.

Verbreitung des Carcinoms in Berlin. Von Dr. **Alfred Aschoff.** (Verlag von Gustav Fischer-Jena.) Die sehr sorgfältig gefaßte Schrift, welche auf statistischer Grundlage das Problem der Entstehungs- und Verbreitungsursachen dieser Krankheit einer Lösung näher bringen will, wird nicht nur in Berlin, sondern weit darüber hinaus, dessen Grenzen Interesse erregen. Es wäre schon als ein Erfolg zu buchen, wenn an anderen Orten ähnliche Untersuchungen angestellt würden. Herr Aschoff konstatirt die Thatsache, daß in einzelnen Stadtgegenden das Carcinom gehäuft auftritt. Eine Erklärung dieser Thatsache ist sehr schwierig. Weder in der Bevölkerungsdichtigkeit noch in den Boden-, Wasser-, Kanalisationsverhältnissen, noch in der sozialen Lage der betreffenden Stadttheilbewohner können wenigstens Anhaltspunkte zur Erklärung jener Erscheinung gefunden werden. Was endlich die Verursachen und deren Beziehungen zu dem Vorkommen von Carcinomen anlangt, so sind Bücher und Broschüren hierüber in auffallend geringem Maße unterworfen. Auch in der chemischen Industrie sind Carcinomerkrankungen noch verhältnißmäßig selten, häufiger treten sie schon bei der Bekleidungs-, Nahrungsmittelindustrie, in Berufen, in Werkbrotgewerbe und am meisten in der Gärtnerei und in Landwirthschaft auf. Für die Uebertragbarkeit der Erkrankung von Mensch auf Mensch hat der Verfasser durch seine statistischen Untersuchungen keine positiven Anhaltspunkte finden können. Wenn somit nach diesen vergleichend statistischen Beobachtungen nur ausgesagt werden kann, daß Berlin irgendwelche ursächliche Momente zur Erklärung eines etwa epidemischen Auftretens von Carcinomen darbietet, so muß andererseits als thatsächlich feststehend angenommen werden, daß bestimmte Berufsarten häufiger befallen werden als andere, daß aber die Bevölkerungsdichtigkeit kaum Einfluß auf das Vorkommen von Carcinom nachweisen läßt. Das sind in je Falle zwei nicht gleichgiltige Ergebnisse.

Der Zolltarif in der Kommission.

(34. Sitzung vom 7 März.)

Die heutige Sitzung beginnt mit der Erörterung der Ferien-beziehungsweise Tagegeldersätze.

Abg. Dr. Spahn richtet an den Staatssekretär Grafen Posadowsky die Frage, wie sich die Regierungen zur Gewährung von Tagegeldern für Kommissionsmitgliedern außerhalb der Reichstagssitzungen stellen. Der Staatssekretär antwortet, Bedenken lägen nicht vor, wenn die Kommissionsmitglieder auf Grund eines Gesetzes für ihre Verrathungen außerhalb der regelmäßigen Plenarsitzungszeiten Tagegelder gezahlt erhielten.

Abg. Dr. Spahn (Ctr.) schlägt vor, bis zum 28. März Sitzungen der Zolltarifkommission abzuhalten und am 8. April wieder zu beginnen. Mit der Gewährung von Tagegeldern an die Kommission solle eine Vorentscheidung für die Tagegelderfrage an Reichstagsmitglieder nicht geschaffen sein. — Abg. Stadthagen (soz.) ersucht, nicht länger zu tagen als das Plenum. — Im gleichen Sinne sprechen sich aus die Abgg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.), Müller-Fulda (Ctr.), Gäbel (Ref.-P.), Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.).

Abg. Freih. v. Wangenheim (kons.) will lieber jetzt weiter tagen, ebenso wünschen dies die Abgg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.), v. Kardorff und Gamp (Rp.). Abg. Klose (Ctr.) möchte als Landwirth lieber eine Woche vor Ostern noch länger tagen, als nach Ostern eine Woche früher beginnen. — Abg. Dr. Müller-Meiningen stellt den Antrag, vor Ostern nicht länger zu tagen als das Plenum, nach der Osterpause aber die Sitzungen schon am 8. April wieder zu beginnen.

Der Antrag wird mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen.

Hierauf wird die Berathung des Zolltarifs bei Position 27 „Grün- und Rauhfutter" fortgesetzt. Sie lautet: „Grünfutter; Heu, auch getrockneter Klee, und anderweit nicht genannte getrocknete Futtergewächse; Stroh und Spreu (Kaff), auch Schäben; Deckerling (Häcksel) frei."

Nach einem Bericht des Abg. Gäbel über Petitionen begründet Abg. Freiherr v. Wangenheim folgende Anträge hierzu: 1. Die Position in zwei Absätze „Grünfutter ꝛc." und „Stroh ꝛc." zu trennen und je 1 Mark Zoll zu setzen; außerdem für „Torfstreu" ebenfalls einen Zoll von 1 Mark einzustellen.

Ministerialdirektor Wermuth bekämpft die Abänderungsanträge. Die Torfstreu gehöre zu Pos. 95. Abg. Dr. Müller-Sagan wundert sich, daß Freiherr v. Wangenheim die Torfstreu vertheuern wolle, die doch zur Verbesserung leichter Böden für die Landwirthe unentbehrlich sei. Abg. Freiherr v. Wangenheim stellt schließlich seinen Antrag betreffend Torfstreu bis zu Position 95 zurück. Abg. Schrader (fr. Vg.) bekämpft jeden Heuzoll, während Abg. Dr. Paasche (natl.) sich für einen 1 Markzoll auf Heu ausspricht. Abg. Moltenbuhr (soz.) warnt vor einem Heuzoll mit Rücksicht auf Mißernten, und weil er die kleinen Landwirthe sehr schädige.

Nach längerer Debatte und nach Annahme eines vom Abg. Gamp gestellten Schlußantrages werden die Anträge Wangenheim (1 Mark für Grünfutter ꝛc. und Stroh ꝛc.) mit 15 Stimmen angenommen.

Es folgt die Abtheilung „Handels- und Gewerbepflanzen, anderweit nicht genannt."

Position 28 „Baumwolle, roh, auch gereinigt; Flachs, Hanf, Ramie (Chinagras, Rhea), Jute, Manillahanf, neuseeländischer Hanf, Agavefasern, Ananasfasern, Kokosfasern, Pflanzendaunen, Torfwolle, Waldwolle und alle übrigen pflanzlichen Spinnstoffe, roh, gereinigt, geröstet, gebrochen, geschwungen, entleimt frei", wird nach Bericht des Abg. Dr. Paasche über Petitionen ohne Erörterung genehmigt.

Zu Position 29 („Tabakblätter, unbearbeitet oder nur gegohren (fermentirt) oder über Nacht getrocknet, auch in Büscheln) Bündeln oder Puppen 85 Mark") liegt ein Antrag des Abg. Fitz (natl.) vor, den Satz auf 125 Mark pro Doppelcentner zu ermäßigen. (Es ist dies der ursprünglich vom Abg. Freiherrn v. Heyl (natl.) schon zu Beginn der Kommissionsberathungen gestellte Antrag.) — Die Abgg. v. Kardorff und Gamp (Rp.) beantragen eine Resolution, dahin gehend, den Bundesrath zu ersuchen, möglichst bald Erhebungen darüber zu veranstalten, ob sich die Vorschriften des Tabaksteuergesetzes nicht zu Gunsten der Tabakbauer vereinfachen lassen. — Abg. Dr. Paasche berichtet über Petitionen. — Abg. Fitz (natl.) begründet seinen Antrag.

Abg. Frese bekämpft die Erhöhung des Tabakzolles als Fachmann. Bei 100 Mark Zoll lasse sich ein verderblicher Einfluß nachweisen 1. in finanzieller und 2. in sozialpolitischer Beziehung und 3. auf die Verhältnisse der deutschen Tabakbauer. Redner weist nach, daß das Reich schon bei 100 Mark Zoll und 45 Mark Steuer eine Einbuße von etwa 7 Millionen Mark erleiden würde. Während der Redner das näher ausführt, unterbricht ihn der Vorsitzende Abg. Rettich und mahnt ihn zur Kürze. — Nachdem Abg. Frese weiter die Verwerflichkeit des 110 Markzolles dargethan und Ablehnung des höheren Satzes beantragt hatte, bedauert Abg. Dr. Müller-Sagan, daß der Vorsitzende die sachlichen Ausführungen Freses unterbrochen habe. — Vorsitzender Abg. Rettich erklärt, er habe nur zur Kürze gemahnt mit Rücksicht auf die noch gemeldeten sieben Redner. — Abg. Dr. Paasche (natl.) wendet sich gegen die „leider in der Kommission üblich werdende Kritik des Vorsitzenden." Der Reichstagspräsident würde sich eine derartige Kritik nicht gefallen. — Staatssekretär Freiherr v. Thielmann bestreitet die Nothlage der deutschen Tabakbauer und warnt vor Annahme des Antrages Fitz-Heyl, der möglicherweise Ausfälle an Reichseinnahmen zur Folge haben müsse. Die Resolution Gamp-Kardorff sei überflüssig, da die Regierungen bemüht seien, die Kontrolmaßregeln möglichst zu mildern. Die Resolution stehe auch mit dem Zoll selbst in gar keinem Zusammenhange. — Badischer Ministerialdirektor Scherer erklärt Namens der badischen Regierung, daß sie eine mäßige Erhöhung des Tabakzolles wünsche, dagegen den Antrag Heyl als zu weit gehend zurückweise. — Abg. Fitz ermäßigt darauf den Zollerhöhungssatz seines Antrages auf 100 Mark. — Bayerischer Ministerialdirektor Ritter v. Geiger erklärt, die bayerische Regierung stehe auf dem Standpunkte der badischen. Sie erkenne die Nothlage der Tabakbauer an, lehne jedoch den Antrag Fitz-Heyl ab.

Staatssekretär Graf Posadowsky warnt davor, daß man beim Zolltarif die Tabaksteuerfrage aufrolle, und bittet daher um Ablehnung des Antrages. Daß im Tabakbau eine Nothlage bestehe, müsse er bestreiten; eine Vergrößerung der heutigen Tabakbaufläche in Deutschland sei unmöglich, zumal die Ansprüche an den Tabak sehr gestiegen seien, und der Schmuggel- und Rauchtabakkonsum zurückgegangen sei. Die Tabaksteuer könne nur als Reserve für den Fall der Noth angesehen werden. Die Anhänger des Zolltarifs sollten schon aus taktischen Interesse von einer Erhöhung des Tabakzolles absehen. — In der weiteren Debatte schildert unter anderem Abg. Geyer (soz.) die Lage der Cigarrenarbeiter und droht dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, falls er eine Tabaksteuer plane, mit der heftigen Agitation der rührigen Cigarrenarbeiter; die Cigarrenindustrie werde mobil machen. Die Regierung möge sich hüten, die Cigarrenindustrie weiter zu belästigen. — Staatssekretär Graf Posadowsky weist die Ausführungen Geyers als Uebertreibungen zurück; er habe ihn vollkommen mißverstanden. — Schließlich wird ein Schlußantrag angenommen. Der Antrag Fitz (100 Mark) wird gegen sechs Stimmen abgelehnt; hierauf wird der Satz der Vorlage angenommen.

Auch die Resolution Gamp wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 11. März, Vormittags 9 Uhr.

BRIEFKASTEN DER REDAKTION.

Herrn Josef Kunert in Görlitz: ad I. Im alten Testament sind unter dem darunter die fünf Bücher Mosis verstehtt, findet sich von einem Messiasgedanken keine Spur. Der kam erst mit den politischen Unglücksfällen der späteren Jahrhunderte, namentlich zur Zeit des römischen Druckes auf Palästina auf. ad II. Grübelerische Köpfe haben zu verschiedenen Zeiten derartige müßige Versuche angestellt. Wann das Ende der Zeiten erfüllt sein wird, — das läßt sich menschlich, das heißt nach logisch begründeten Formeln, nicht ausrechnen.

Manometer. Die Herleitung der ersten Hälfte dieses viel gebrauchten Wortes dürfte sehr wenig bekannt sein. Jedenfalls schreibt es sich her von manare (lateinisch), fließen, sich ausbreiten, wenigstens ist uns ein anderer verwandter Wortstamm, der in Betracht käme, nicht erinnerlich.

Offener Sprechsaal.

Zur Frage der Universitätsgründung in Posen

geht uns von einem Gutsbesitzer, der als ehemaliger Posener Fühlung mit den verschiedenen Kreisen der Stadt und Provinz Posen hat, folgende Zuschrift zu:

An die Redaktion des Berliner Tageblatts. In der Zeitungsschau in Nr. 105 Ihres geschätzten Blattes haben Sie aus einem Artikel der Pos. Tagebl. (Nr. 91) die wesentlichen Sätze reproduzirt und daran die Bemerkung geknüpft: „Die zukünftige Posener Universität soll gewissermaßen das Gegenstück zum westlichen Straßburg abgeben. Aber ist Posen auch so die „wunderschöne Stadt" zu nennen wie, das im Liede so reich gefeierte Straßburg?"

Gestatten Sie mir darauf Folgendes zu erwidern: Schon vor einer Reihe von Jahren — es war bei der Begrüßung des Kongresses der Alterthumsforscher — hat der damalige Posener Oberpräsident, der nachmalige Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler erklärt, daß die Stadt Posen besser ist als ihr Ruf. Das ist heute in viel größerem Maße der Fall, wo die inzwischen neu entstandenen Stadttheile — dank der reformatorischen Thätigkeit des unternehmenden Oberbürgermeisters und der Intelligenz der Stadtverordnetenversammlung — den Vergleich mit den modernen Städten Westdeutschlands aushalten können. Ferner wird die Stadt durch die bevorstehende Niederlegung der Festungswälle eine bedeutende Verschönerung erfahren, zumal auch die Regierung, welche die Aufgabe der Ausgestaltung des freiwerdenden Festungsgeländes zufällt, zur Einsicht gekommen ist, daß die Verschönerung der Stadt zu den Mitteln gehört, welche angewandt werden müssen, um einer ferneren deutschen Abwanderung Einhalt zu thun. Doch soll der Schwerpunkt einer Universität in Posen in der Auswahl der zu berufenden Professoren und in den reichlich zu bemessenden Stipendien liegen. Die Ausnahmeverhältnisse Posens werden Ausnahmen in Bezug auf den finanziellen Aufwand wohl rechtfertigen. Im Uebrigen fehlt es auch in der Umgebung Posens nicht an Naturschönheiten. So erinnert der neue Luftkurort Ludwigshöhe, eine Schöpfung des jetzigen Stadtverordnetenvorstehers Justizrath Dr. Lewinski, sehr an thüringische Sommerfrischen. Auch wäre das schlesische Gebirge für Ferienreisende leicht zu erreichen, wenn durch vielleicht auch die sonst Reformen abgeneigte Eisenbahnverwaltung in Rücksicht auf die Bedeutung einer Universität in Posen für die Stärkung des Deutschthums in der Provinz Posen eine Verbilligung der Ferienfahrkarten nach dem Riesengebirge und der Ostsee (Kolberg ꝛc.) für Studirende der Universität Posen eintreten lassen.

Alle Bedenken aber, welche geltend gemacht werden gegen die Errichtung einer Universität in Posen, wird die Regierung durch geeignete Maßregeln beseitigen können.

(Anm. d. Red. Trotz der gerühmten Vorzüge der Provinzialhauptstadt Posen können wir uns von den Bedenken gegen eine daselbst zu begründende Universität und unsere gerade im Interesse des Deutschthums nicht loßmachen. Diese unsere Bedenken werden auch in vielen maßgebenden Kreisen ausgesprochen.)

AUSWÄRTIGE FONDSBÖRSEN-KURSE.

Breslau, 7. März. (Schlußkurse.) Fest.

N. 3pr. Reichsanl.	—	Kreditaktien	—
3½ pr. L. Pfdbr.	99,75	Schles. Bankvern.	141,50
Italiener	—	Bresl. Spritfabrik	170,00
Konsolid. Türken	—	Donnersmarck	190,00
Türkische Loose	—	Bresl. El. Strass.	—
4pr. ung. Goldrnt.	—	Leipz. El. Strass.	—
4pr. ung. Kronanl.	—	Kattow. Bergb.	199,50
Breslau. Disk.-B.	82,00	Oberschles. Eisen	123,00
Bresl. Wechslerb.	99,75	Caro Hegebd. Akt.	126,50

Oberschles. Koakswerke 131,00. Koks-Obligationen 98,60. Niederschl. Elektr. und Kleinbahn. 54,60. Cellulose Feldmühle Cosel 139,50. Oberschlesische Bank 115,00. Emaillierwerke Silesia 125,00. Schles. Elektr. und Gasgesellschaft Lit. A. 113,00 Gd., Lit. B. 107,00 Gd.

Poln. Pfandbrief-Emission v. 1898 90,20.

Frankfurt a. M., 7. März, 2 Uhr 30 M. Nachm. (Schlusskurse.)

Tendenz: Schwächer.

Lond. Wechsel	20,475	4% ung. Goldr.	101,30
Pariser Wechsel	81,40	4% do. Kronenr.	98,50
Wiener Wechsel	85,225	Unif. Egypter	108,70
3% Reichsanleihe	93,10	5 proz. Mexikaner	99,80
3% Hessen v. 96	91,10	Oest. 1860er Loose	155,90
Italiener	101,00	Reichsbank	155,20
Oest. 4% Gold-R.	102,80	Berl. Handelsges.	153,20
do. Silberrente	101,50	Darmstädt. Bank	141,40
do. 4½% Pap.-R.	101,60	D. Genossensch.-B.	105,80
3½ portug. Anl.	28,60	Disk.-Kommandit	194,40
5% amort. Rumän.	97,00	Dresdner Bank	137,60
4% russ. Consols	101,10	Mitteld. Kred. Akt.	119,90
4% Russ. 1894	96,00	Nationalbank f. D.	110,00
4% serb. Rente	67,00	Oest.-ung. Bank	117,20
4% Spanier	77,40	Oest. Kred.-Akt.	219,80
Konv. Türken	26,00	Adler Fahrrad	148,03

Privatdiskont 1½. Breslauer Diskontobank 82,30. Anatolier 88,60.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 219,20. Diskonto-Kommandit —. — Laura —. Bochumer —. — Darmstädter —.

Franzosen 145,70. Lombarden 19,20. Deutsche Bank 214,50.

Hannover, 7. März.

3½% Hannov. Prov.-Anleihe	99,60	Döhrener Wollwäscherei- u.	
4% do. do.	104,00	Kämmerei-Aktien	154,00
4½% Hannov. Stadtanleihe	99,25	Hannov. Cementfabrik-Aktien	101,00
4% do. do.	102,30	Höxterscher (Eichwald) Cementfabr.-Akt.	21,50
3% unkündb. Hannov. Landes-Credit-Oblig.	103,60*	Lüneburger Cementfabr.-Akt.	100,50
4% kündb. Celler Cred.-Oblig.	101,50	Hieder Hütte-Aktien	750,00
4% Hannov. Strassenb.-Oblig.	94,00	Hannov. Strassenbahn-Akt.	—
4½% do. do. v. 1900	94,00	Zuckerfabrik Bennigsen-Akt.	112,50
Contin. Caoutchouc-Cs m. Akt.	524,00	Zuckerfabrik Neuwerk-Aktien	68,00
Hannov. Gummi-Kamm-Co.-A.	241,00	Zuckerraffin. Brunonia-Aktien	110,00
Hannov. Baumw.-Sp. V.-Akt.	33,00	*) à 103,50.	

Dresden, 7. März.

Sächs. 3% Rente	91,40	Deutsche Gussstahl-	
3½% do. Staatsanl.	100,80	kugel- u. Maschin.-	
Dresd. Stadta. 93	100,40	fabr. Schweinfurt	—
Allg. dtsche. Kred.	172,25	El. Anl. u. Bahnen	—
Berliner Bank	179,00	Germ., Schwalbe	196,00
Dresd. Kreditanst.	7,50	Görl. Masch. (conv.)	—
Dresdner Bank	138,60	Lauchhammer	108,00
do. Bankverein	106,25	Masch. Fbr. Kappel	—
Leipziger do.	—	Nähm.-F. u. Eiseng.	206,00
Sächsische do.	126,50	Mehlich Maschin.	217,00
Dtsche. Strassenb.	150,00	Sächs. Gusst.-Fbr.	138,25
Dresd. Strassenb.	175,00	do. Masch.-Fab.	132,00
Kette, Elbschiff.	79,00	do. Webst.-Fab.	—
Sächs-Böhm. Dmpf.	—	Ver. Eschebach W.	192,00
Dresd. Baugesells.	165,50	Wand. Fahrr.-W.	145,00
Bergm. Elektr.-A.	262,50	Cons. Feldschlöss.	310,00
Chemn. Werkzeug	118,00	Felsenkeller	566,00
Wiedes Werke	—	Hofbräuh. Vorz.-A.	—
Elektr.-W. Kummer	—	Kieler Brauerei	194,00

Schubert u. Salzer 121. Dampfschiffahrtsges. ver. Elbe- u. Saalesch. 137,50. Dresd. Gardin.-Man. 165,00. Speich. u. Spedit. Risa 113,00.

Leipzig, 7. März. (Schlusskurse.)

Oest. Banknoten	85,25	Kredit- u. Sparb.	—
3% sächs. Rente	91,40	Leipz. Bank-Akt.	1,25
3½% o. Anleihe	100,80	do. Hypothekenb.	121,00
Böhm. Nordb.-A.	—	Sächs. Bank-Akt.	127,00
Buchtieb.	—	do. Bod.-Credit	125,00
do. do. Lit. B.	250,50	Leipz. Baumw.-A.	168,00
Leipziger Kredit	173,00	Leipz. Kammgarn	170,03
Zeitzer Paraffin	134,00	Kammgarn Stöhr	154,75
Mansfelder Kuxe	870,00*)	Wernhaus. Kamm.	—

*) Gd.

Altenb. A.-Braur.	183,00	Mainz. Schöfferh.	182,00
Zuckerf. Glauzig	113,25	Reichelbräu Culmb	190,00
Zuckerr. Halle	160,00	Reisewitzer Br.	196,00
do. Kette	79,00	Soc.-Br. Waldschl.	230,00
Leipz. Strassenb.	146,00	D.-O. Bergwerksg.	137,50
Leipziger Elektr.		Sächs. Kamm.-Sp.	78,25
Strassenbahn	73,75	Glasind. Siemens	—
Thüring. Gas	233,50	Porzellanf. Kahla	—
Deutsche Spitz.	221,00	D. Thonr.-u. Chamf.	—
		Sächs. Nähfadenf.	—
		A.-G. für Carton-nagen-Industrie	74,50
		Chem. Fabrik von Heyden-Radebeul	140,00
		Ver. Hanfschlauch	140,00
		Penig Patent	138,50
		Ver. Strohstoffb.	60,00
		Wagenbau Busch	—
		Oest. Banknoten	85,30
		Bresl. Spritfabrik	137,50

Auswärtige Waaren-Telegramme.

Bremen, 7. März. Schmalz. Fest. Tubs und Firkins 47½ Pf., Armour shield in Tubs —.— Pf., andere Marken in Doppeleimern 47¾ Pf. — Speck. Fest. Short clear middling loco — Pf. März-Abladung 45 Pf.

Havre, 7. März. Vorm. 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Ziegler & Co.) Kaffee in Newyork schloss mit 10 bis 20 Points Baisse stetig. Rio 10,000, Santos 15,000 Sack. Recettes für gestern.

Havre, 7. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per März 37,50, per Mai 38,00, per Juli 38,75, per Sept. 39,75, Dez. 40,00. — Tendenz: Ruhig.

London, 7. März. (Schluss.) Chili-Kupfer 54⅝, per 3 Monat 54⅝. **Glasgow,** 7. März. (Schluss.) Roheisen. Mixed numbers warrants 53 sh. 3 d. per Cassa, 53 sh. 5 d. per laufenden Monat.

Handels-Litteratur.

Aus dem von Lujo Brentano und Walter Lotz geleiteten Münchener staatswissenschaftlichen Seminar stammt die bei J. G. Cotta in Stuttgart erscheinende Sammlung „Münchener volkswirthschaftlicher Studien". Zwei jetzt herausgegebene Schriften dieser Sammlung betiteln sich „Die Industrie der Rheinprovinz 1888 bis 1900" von A. Friedrich. Beide Arbeiten schildern in der Einleitung die wirthschaftliche Struktur des behandelten Gebietes und gehen sodann zu einer Darlegung der allgemeinen Lage von Handel und Industrie während der letzten zwölf Jahre über. Der Zeitraum umfasst den Aufschwung am Ende der achtziger Jahre, die Depression in den Jahren 1891 bis 1894 und die nach Anschluss des russischen Handelsvertrages einsetzende Blüthezeit bis zum Ausbruche der Krise im Jahre 1900. Die Entwickelung wird dann im Einzelnen an der Montan- und Maschinenindustrie, an der Textilindustrie und im Baugewerbe, an der schlesischen Zuckerindustrie verfolgt. Die detaillirten Untersuchungen kommen zu dem Schlusse, dass die Handelsvertrage auf die Entfaltung der industriellen Thätigkeit unmittelbar den grössten Einfluss ausgeübt haben. Mit Bezug auf Schlesien wird besonders die Wirksamkeit des russischen Vertrages hervorgehoben. Die Arbeit Voigtsteins ist auch ein werthvoller Beitrag zur Frage der Syndikate. Der Verfasser weist nach, dass die grossen rheinisch-westfälischen Kartelle durch ihre Preispolitik die Ueberproduktion und die daraus folgende Krise gefördert und andererseits die auf Export angewiesenen Ganzfabrikatindustrien durch Vertheuerung des Rohmaterials geschädigt haben.

„Aktionär und Gläubiger" nennt sich ein von dem Leipziger Rechtsanwalt H. Burckas herausgeg. Werkchen (Paedor Reichboth, Leipzig), welches die letzten Bankkatastrophen zu Grunde legt und sich mit der Frage beschäftigt, ob im Konkurse einer Aktiengesellschaft den Aktionären noch Rechte am Vermögen der Gesellschaft, insbesondere deren Reservefonds und dem sog. Regressanspruch an Aufsichtsrath und Direktion zustehen.

VERKEHRS-NACHRICHTEN.

□ **Kiel,** 7. März. (Privat-Telegramm.) Laut amtlicher Meldung ist der Nord-Ostseekanal heute eisfrei. Der seit dem 12. Februar eingestellt gewesene Segelschiffsverkehr wurde heute wieder eröffnet.

Goch, 6. März. (W. T. B.) Die zweite Post aus London über Vlissingen vom 5. März ist ausgeblieben. Grund: Nebel.

Norddeutscher Lloyd. Aller, n. Newyork best., 5. März 12 Mittags die Azoren passirt. — Hohenzollern 5. März 10 Mrgs. v. Genua n. Newyork abgeg. — Friedrich der Grosse, v. Australien kommend, 5. März 2 Nm. v. Southampton n. Bremen abgeg. — Mainz, n. Brasilien best., 5. März Boschy Head passirt. — Mark, v. La Plata kommend, 5. März v. Vigo n. Bremen abgeg. — Bonn, v. Brasilien kommend, 5. März v. Madeira n. Bremen abgeg. — Königin Luise, n. Australien best., 6. März in Colombo angek.

Union-Castle-Linie. Carisbrooke Castle auf Heimreise Mittwoch von Kapstadt abgegangen.

✕ **Deutsche Ostafrika-Linie.** R.-P.-D. Herzog am 5. März in Lissabon eingetroffen. — R.-P.-D. Bundesrath ist am 5. März in Mombassa eingetroffen.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

(aus anderen Zeitungen).

Geburten: Ein Sohn: Hrn. Gustav Busch (Düsseldorf). Hrn. Rechtsanwalt Kurt Ackermann (Berlin). — Eine Tochter: Hrn. Bernhard Wickel (Duisburg). Hrn. Ingenieur Ludwig Buch (Kolf). Hrn. Ewald Zöller (M.-Gladbach). Hrn. Paul Linden (Hersfeld). Hrn. Militärintendanturassessor Probst (Frankfurt a. M.). Hrn. Amtsrichter Reinberger (Küstrin).

Verlobungen: Frl. Marta Klett mit Hrn. Ingenieur Dr. tech. Hans Schwalbach er (Wiesbaden—München). Frl. Adolfine Nörig mit Schles. Cement 150,00 Schles. Zinkh.-A. — Laurahütte 204,00 Bresl. Oelfabrik 61,50 Oesterr. Bankn. — Hrn. Bugo Kromberg (Barmen). Frl. Irma Fritz mit Hrn. Lehrer Max Krüger (Groß-Eichterfelde—Berlin). Frl. Helene Völker mit Hrn. Franz Voller (Berlin). Frl. Marta Schmidt mit Hrn. Ernst Hüter (Breslau—Berlin).

Verehelichungen: Hr. Gustav Schneck mit Frl. Jully Gellermann (Barmen). Hr. Paul Mühlen mit Frl. Elly Frentzen (Rheydt). Hr. Privatdocent Dr. Heinrich Pleyer mit Frl. Anna Deucks (Bonn). Hr. Selmar Bayer mit Frl. Margarete Maaß (Berlin). Hr. Emil Hofang mit Frl. Anna Behrens (Wachtersleben).

Sterbefälle: Gr. Carl Ditrogge (Bielefeld). Hr. Professor Adolf Nibbeke (Schwerin). Hr. Rechnungsrath Edmund Potaniczek (Hannover). Hr. Kaufmann Robert Witt (Langhuhr). Frau Margarete Diekmann geb. Schoenbeck (Potsdam).

Blasen- u. Nieren-Kranken ist zu jeder Jahreszeit eine **Haus-Trinkkur** mit **Wildunger Helenen- u. Georg-Victorquelle** dringend zu empfehlen. Versand des Vorjahres 1.118.603 Flaschen. Schriften gratis. **Fürstl. Wildunger Mineralquellen, A.-G.,** zu **Bad Wildungen.** Niederlagen in all. Mineralwasserhdlg. u. Apotheken.

Leibniz Biscuits Hannover Cakes-Fabrik

Hôtel
„Der Reichshof"
Berlin, Wilhelmstr. 70a, neben d. engl. Botschaft
dicht an „Unter den Linden", im Mittelpunkt sämmtl. Bahnhöfe.
Mit jedem modernen Comfort behaglichst ausgestattet.
Vornehme, ruhige Lage. Hinterfront nach den Königl. Gärten blickend.

Gicht eine Haus-Trinkkur mit Salzschirler Bonifacius. †

Das Bewahren der Güter ist oft schwieriger als das Erwerben derselben.
Dieser Satz ist aber nur nach der materiellen Seite richtig, bezüglich unseres köstlichen Gutes, das mehr werth ist als alle Schätze an Gold, der Gesundheit, hat er keine Gültigkeit. Wie schwer, ja oft unmöglich ist es, die verlorene Gesundheit wiederzuerlangen, während es zur rechten Zeit sehr leicht gewesen wäre, sich dieselbe zu wahren. Die weit überwiegende Mehrzahl des großen Heeres der Lungen- und Halsleidenden z. B. hat es nicht verstanden, sich das beste Gut zu bewahren. Würden alle an Husten, Heiserkeit, Kehlkopf- und Luftröhrenkatarrhen, Asthma, Lungenspitzenaffektionen, Bluthusten, Lungenkatarrh, Athemnoth u. s. w. Leidenden sofort geeignete Mittel anwenden, so würde ihnen die Gesundheit erhalten bleiben und nicht ernste Erkrankungen, in letzter Linie die gefürchtete Lungenschwindsucht, welche so verheerend in ihrer Wirkung ist, zum Ausbruch kommen. Dabei ist es ihnen so leicht gemacht, solchen Leiden in den kostbaren russischen Knöterich-Brusttheee zu trinken, um diese Leiden in Kürze zu beseitigen.

Das I. Knöterichthee-Importhaus Deutschlands von E. Weidemann in Liebenburg (Harz) versendet den Thee in Packeten à 1 Mark. Als Beweis der Echtheit muß jedes Packet eine Schutzmarke mit den Buchstaben E. W. tragen, und ist dieselbe sowie „Weidemanns russischer Knöterich" patentamtlich geschützt. Man kaufe daher nur Weidemanns russischen Knöterich. Niederlagen in Berlin bei: Hugo Lubowsky, Wollinerstr. 30; Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

Radlauer's Antiseptische Mundperlen (Combination v. Thymol-Menthol Saccharin, Eucalyptol, Vanillin u. Äther. Oelen in Granuleform v. angenehmem Geschmacke) zum Einnehmen à 0,001 gr. Gesetzl. geschützt. Zur rationellen Desinfection der Mund- u. Rachenschleimhäute u. Mandeln und zur Beseitigung des üblen Mundgeruches, Schutzmittel gegen Hals-Entzündung. Siehe No. 99 der Allgem. Medic. Centralztg. Unentbehrlich für Kinder. Blechdose 1 Mk. Prospect gratis und franco.
Kronenapotheke Dr. Homeyer, Berlin W., Friedrichstr. 160.

Wasser zum Trinken, Waschen, Baden etc. sollte in jedem Haushalte durch **Berkefeld-Filter** gereinigt werden, welche nach dem Zeugnisse der bedeutendsten Hygieniker alle krankheiterregenden Bakterien mit Sicherheit aus dem Wasser entfernen.

Verantwortlich f. d. politischen Theil: Dr. jur. E. Grüttefien; f. Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Dr. Karl Mischke; f. d. Feuilleton: Fritz Engel; f. d. Handelstheil: J. Wiener; f. d. übrigen redaktionellen Theil: Karl Günther; f. d. Inserate: Rob. Franke. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse. Sämmtlich in Berlin.

Registratur-System **Stolzenberg**

Die vollkommenste Methode zum Ordnen von Papieren aller Art. — Muster gratis gegen 20 Pf. Porto. Muster-Kollektion in praktischer Archivschachtel Mk. 1.50 u. 3.—

Fabrik Stolzenberg Oos (Baden.)
und deren Ladengeschäfte in
Hamburg, Gr.Burstah 51. Berlin W. 8., Charlottenstr. 23. Frankfurt a. M., Kaiserstr. 60.

Enorm billig.

1 Mappe ca. 10 Pfg.

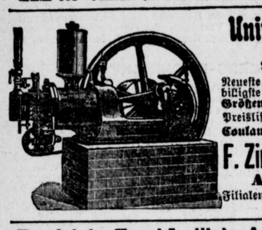
Ueber 25 Millionen im Gebrauch.

INDISCHER THEE

Feinste aromatische Thees
50 % Ersparniss.

„Breakfast Tea" Mk. 2.20 — „Afternoon Tea" Mk. 2.90 — „5 o'clock Tea" Mk. 4.— per Kilo.

Bedingungen: 2 Kilo und mehr portofrei, 4 Kilo 3 pCt. Rabatt, 10 Kilo 5 pCt. Rabatt gegen Nachnahme. Zoll wird vom Käufer gezahlt.
Illustrirtes Büchlein und Muster auf Verlangen von *
Indian Tea Syndicate (in London), Rue van Ballaer 43, Antwerpen.



Universal-Motor „Victor".

Neueste, einfachste Construction billigste Betriebskraft, **in allen Größen v. 1—15 HP sof. lieferbar.** Preislist. u. Kostenanschläge umsonst **Coulant Zahlungsbedingung u.**

F. Zimmermann & Co., A.-G., Halle S.
Filialen: **Berlin C., Lüneburg, Schneidemühl.** *

Vereinigte Kunst-Institute Actiengesellschaft vorm. Otto Troitzsch, Berlin.

Bilanz per 31. December 1901.

Activa.	M.	pf	M.	pf
Haus-Conto				
Bestand am 1. Januar 1901	498345	75		
Abschreibung	2491	75	495854	—
Maschinen- und Utensilien-Conto				
Bestand am 1. Januar 1901	79797	85		
Zugang	5892	95		
	85690	80		
Abgang	3363	25		
	82327	55		
Abschreibung	17658	15	64669	40
Waaren-Conto				
Bestand lt. Inventur			213362	36
Lithographie- und Verlagsrechte-Conto				
Bestand am 1. Januar 1901	131307	90		
Zugang	43375	86		
	174683	76		
Abgang	5037	50		
	169646	26		
Abschreibung	41146	12	128500	14
Photogravüreplatten-, Scheiben- und Negative-Conto				
Bestand am 1. Januar 1901	23090	25		
Zugang	13875	95		
	36966	20		
Abgang	344	50		
	36621	70		
Abschreibung	10414	87	26206	83
Lithographie-Steine-Conto				
Bestand am 1. Januar 1901	61462	35		
Zugang	16706	61		
	78168	96		
Abgang	3001	67		
	75167	29		
Abschreibung	13989	28	61178	01
Gemälde-Conto				
Bestand am 1. Januar 1901	25448	—		
Zugang	13424	—		
	38872	—		
Abgang	4400	—		
	34472	—		
Abschreibung	8181	10	26290	90
Materialien- und Papier Conto				
Bestand lt. Inventur			11971	31
Rahmen-Conto				
Bestand lt. Inventur			75737	92
Cassa-Conto				
Bestand lt. Cassabuch			10104	16
Wechsel-Conto				
Bestand lt. Inventur			13990	62
Conto-Corrent-Conto				
Debitores	252287	83		
diverse Guthaben bei Banquiers	122060	30		
Guthaben bei der Deutschen Bank	151585	78	525933	91
Effecten-Conto				
Bestand lt. Inventur			1000	—
Künstler-Lithographie-Conto				
Bestand lt. Inventur			3637	—
Grundstücks-Conto Feurigstr.			113411	45
Bau-Conto			72211	—
			1844059	01

Passiva.	M.	pf	M.	pf
Actien-Capital-Conto			1100000	—
Hypotheken-Conto			400000	—
Reservefond-Conto			23968	47
Conto-Corrent-Conto				
Creditores			53055	54
Gewinn- und Verlust-Conto				
Gewinn-Vortrag aus 1900	37469	79		
Reingewinn	229565	21	267035	—
			1844059	01

Gewinn- u. Verlust-Conto per 31. December 1901.

		M.	pf
An Conto-Corrent-Conto. Verlust		5921	50
„ Haus-Conto. Abschreibung		2491	75
„ Grundstücks-Unkosten Conto. Abschreibung		58	27
„ Maschinen- und Utensilien-Conto. Abschreibung		17658	15
„ Lithographie- u. Verlagsrechte-Conto. Abschreibung		41146	12
„ Photogravüreplatten-, Scheiben- u. Negative-Conto. Abschreibung		10414	87
„ Lithographie-Steine-Conto. Abschreibung		13989	28
„ Feuerversicherungs-Conto. Abschreibung		340	—
„ Gemälde-Conto. Abschreibung		8181	10
„ Gewinn-Vortrag aus 1900	M. 37,469.79		
„ Reingewinn	„ 229,565.21	267035	—
		367236	04

	M.	pf
Per Gewinn-Vortrag aus 1900	37469	79
„ Zinsen-Conto. Gewinn	5636	57
„ Waaren-Conto	324105	08
„ Sorten-Conto. Gewinn	24	60
	367236	04

Der Aufsichtsrath. Ad. Schwabacher. — **Der Vorstand.** Otto Troitzsch. Ludwig Reiche.

Vorstehende Bilanz, Gewinn- u. Verlust-Berechnung habe ich geprüft und mit den mir vorgelegten ordnungsmässig geführten Handelsbüchern der **Vereinigten Kunst-Institute Actiengesellschaft vorm. Otto Troitzsch, Berlin** in Uebereinstimmung gefunden.
Berlin, den 26. Februar 1902. **Gustav Reuter,** gerichtl. Bücherrevisor.

Die auf 18 pCt. = Mk. 180 per Actie festgesetzte Dividende gelangt von heute ab an unserer Gesellschaftskasse W. Mauerstr. 63/65 zur Auszahlung.
Berlin, den 6. März 1902.
Vereinigte Kunst-Institute Actiengesellschaft vorm. Otto Troitzsch.

Saison 1. Mai-30. Septbr. **Bad Nauheim** Bäder-Abgabe auch im Winter.

Herzleiden, Gicht, Rheumatismus, Frauenkrankheiten, Scrophulose, Krankheiten des Nervensystems.
Prospecte Kurverwaltung Bad Nauheim.

Mundwasser in Pulverform

CARMINOL

hergestellt in Simon's Apotheke, Berlin.
Preis per Schachtel (Monate ausreichend) 1 Mark.
Eine mit dem Maassstecher (jeder Schachtel beiliegend) entnommene Dosis Pulver erzeugt im Glase Wasser (kalt oder warm)
— von Autoritäten anerkannt —

Das beste Mundwasser

Carminol-Gesellschaft m. b. H. Berlin C. 2.

Leipziger Hypothekenbank.

Bilanz am 31. Dezember 1901.

Aktiva.		M.	pf
Kassa-Konto		264752	79
Wechsel-Konto		944899	30
Guthaben bei Banken		2454364	51
Guthaben bei der Leipziger Bank	M. 2136145.71		
40 pCt. Abschreibung	„ 854458.28	1281687	43
Konto Hypothekenforderungen		90239435	35
Konto-Korrent-Konto		1466367	25
Effekten-Konto		1786263	50
Hypothekenzinsen-Konto		729487	19
Aktien-Einzahlungs-Konto		38500	—
Inventar-Konto		10	—
		99205767	32

Passiva.		M.	pf
Aktien-Kapital-Konto		10000000	—
Reserve-Fonds-Konto		1435385	94
Spezial-Reserve-Fonds-Konto		221576	85
Beamten-Pensions-Fonds-Konto		122088	82
Agio-Vortrags-Konto		90768	16
Zinsen-Vortrags-Konto		58751	56
Konto umlaufender Pfandbriefe . . . 3½proz.	M. 23821200.—		
4proz.	„ 62337000.—	86158200	—
Zinsschein-Konto		281218	—
Dividende-Konto		1110	—
Interim-Konto		546500	27
Gewinn- und Verlust-Konto			
Vortrag aus 1900	M. 101218.92		
Gew.-Ueberschuss	„ 188948.80	290167	72
		99205767	32

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1901.

Soll.	M.	pf
Zinsen für Pfandbriefe	3278875	57
Handlungs-Unkosten	91864	30
	3370739	87
40 pCt. Abschreibung auf die Forderung an die Leipziger Bank von M. 2136145.71	854458	28
Ueberschuss	290167	72
	4515365	87

Haben.	M.	pf
Vortrag aus 1900	101218	92
Zinsen-Erträgnisse	4041963	22
Provisionen	80904	68
Kursgewinn auf Effekten	41279	05
	4265365	87
Spezial-Reservefonds II	250000	—
	4515365	87

Leipzig, den 6. März 1902.
Leipziger Hypothekenbank.

Niederrheinische Kredit-Anstalt
Kom. Ges. auf Aktien
Peters & Co.

Rechnungsabschluss am 31. Dezember 1901.

Vermögen.	M.	pf
Kassenbestand u. Guthab. bei der Reichsbank	727485	68
Wechselbestand	13650412	60
Wertpapierbestand	4241302	94
Guthaben bei Banken	1142565	20
Vorschüsse auf Wertpap.	8914232	21
Geschäftshäuser in Krefeld, Cleve, Grevenbroich, Mörs, Neuss, Odenkirchen, Rheydt, Ruhrort, Viersen und Wesel	708323	98
Geschäftseinrichtungen	4224	47
Schuldner in laufender Rechnung	35873085	61
(Hiervon geg Sicherh. M. 18,921,031.74)		
Schuldner für Wechselbürgschaften	3366542	59
	68628175	28

Verpflichtungen.	M.	pf
Gesellschaftskapital	21000000	—
Gesetzliche Rücklage	3350000	—
Sicherungsbestand	100000	—
Gewinn-Rücklage	300000	—
Rücklage für Beamten-Unterstützungen	147000	—
Angenommene Wechsel, innerh. 3 Monat. fällig	15607235	92
Gläubiger in lfd. Rechn.	12276352	17
Darlehne tägl. rückzahlb.	1586834	64
„ m. 5täg. Kündig.	291524	69
„ „ 1monatl. „	124802	80
„ „ 3 „ „	126441	19
„ „ 6 „ „	475422	95
„ „ 9 „ „	7907858	98
Wechsel-Bürgschaften	3366542	59
Nichterhobene Dividende	768	–
Gewinn-Vortrag aus 1900	38932	24
Gewinn- u. Verl.-Rechn.	1928459	11
	68628175	28

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 1901.

Soll.	M.	pf
Unkosten und Steuern	590690	19
Abschreibung auf Geschäftshäuser	18323	98
Abschreibung auf Geschäftseinrichtungen	4211	47
Rücklage für laufende Rechnungen	700000	—
5 pCt. Dividende auf das Gesellschaftskapital von M. 21000000.—	1050000	—
Gewinn-Anteile	91480	91
Gewinn-Vortrag auf das neue Jahr	103374	99
	2558081	54

Haben.	M.	pf
Gewinn an Zinsen aus Ausleihungen und aus Wechseln	1486040	58
Gewinn an Gebühren aus den laufenden Rechnungen und aus dem Wertpapier-Vermittelungsgeschäft	1033108	72
Gewinn-Vortrag aus dem Jahre 1900	38932	24
	2558081	54

Die mit 5 pCt. zur Verteilung gelangende Dividende wird vom 8. März cr. ab
für die Commandit-Anteile de M. 600.— mit M. 30.—
„ „ „ „ „ „ **1200.— „ „ 60.—**
an den Kassen unserer Gesellschaft in **Krefeld,** sowie bei den Zweigniederlassungen in **Cleve, Duisburg, Emmerich, Grevenbroich, Kempen a. Rhein, Moers, Neuss, Odenkirchen, Rheydt, Ruhrort, Viersen** und **Wesel** bezahlt; ferner in **Berlin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,** dem **A. Schaaffhausen-schen Bankverein,** der **Berliner Bank** und den Herren **von der Heydt & Co.,** in **Köln** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein** und Herrn **J. H. Stein,** in **Frankfurt a. Main** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,** in **Hamburg** bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg,** in **Essen** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein.**

Wie erlange ich die Spannkraft meiner Nerven wieder?

Nach der berühmten Methode der NANCYER AERZTE-SCHULE. Kostenlose Selbstbehandlung aller Nervenleiden ohne Medicamente. Staunenswerte Erfolge auch in den schwersten Fällen. Prospect und Heilberichte franko und gratis. §
Modernes Verlagsbureau, Dresdener Strasse 28, **Leipzig, 22.**

Pianoforte-

Fabrik **L. Herrmann & Co. Berlin,** Neue Promenade Nr. 5, empfiehlt ihre Pianinos in kreuzsaitiger Eisenkonstruktion, höchster Tonfülle und fester Stimmung. Versand frei, mehrwöchentliche Probe, gegen baar oder Raten von 15 M. monatlich an ohne Anzahlung. Preisverzeichniss franco. *

Honig,

nur aus Haideblüthen, hochfeinste Tafelsorte, liefert naturrein d. 10 Pfd.. fr. u. Nachn. für 7 Mark. Nichtgefallendes nehme kostenlos zurück
Sandersche Bienenzüchterei in Werlte I. Prov. Hannover. †

Süße

10 Pfund Blut-Apfelsinen Mk. 2,95
10 „ Artischoken oder Salat „ 3,05
2 Flaschen Chianti Rothwein à circa 2½ Liter „ 5,—
franco gegen Nachnahme.
Giovanni Spanghero, Triest.

Seradella und Lupinen

in guten Qualitäten offerirt frei nach allen Stationen billigst
S. Kirstein, Soldau, O.-Pr., Getreide- u. Saaten-Import.

Honig!

Feinsten Natur-Blüten-Honig, versende die 10 Pfund-Dose franco für 6 Mark.
Scharrel b. Ramsloh, Oldenbg.
Der Vorstand d. Bienenwirthsch. Ver.
H. Elsen.

50 Birken von selten schöner Qualität und **ca. 1000 Bund** gutes, grades **Seerohr** stehen zum Verkauf auf **Dom. Lindow** bei Schermeisel. *

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4. *

Photos Katalog mit Mustern 50 Pf. Agenzia Grafica, Casella 9, **Genua** (Ital.) †

Gelsenkirchener Bergwerks-Actien-Gesellschaft.

X. Emission von Aktien.

In der Generalversammlung unserer Aktionäre vom 25. Februar d. J. ist beschlossen worden, das Aktienkapital unserer Gesellschaft von M. 54,000,000 auf M. 60,000,000 zu erhöhen und zu diesem Zwecke M. 6,000,000 auf den Inhaber lautende Aktien, eine jede zum Betrage von M. 1200 mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1902 ab auszugeben. Die neuen Aktien sind von der Direction der Disconto-Gesellschaft zum Kurse von 145 pCt. unter Uebernahme der Verpflichtung gezeichnet worden, sie zum gleichen Kurse den Inhabern unserer gegenwärtig umlaufenden Aktien zum Bezuge anzubieten. Die Durchführung der Kapitalserhöhung ist inzwischen handelsgerichtlich eingetragen worden.

Demgemäss fordern wir hierdurch namens der Direction der Disconto-Gesellschaft unsere Aktionäre auf, das ihnen vorbehaltene Bezugsrecht auszuüben und zwar unter folgenden

Bedingungen.

1. Die Anmeldung zum Bezuge findet in der Präklusivfrist **vom 6. bis 21. März d. J. einschliesslich** bei der **Hauptkasse der Gesellschaft** zu **Rhein-Elbe** bei **Gelsenkirchen.**
„ „ **Direction der Disconto-Gesellschaft** zu **Berlin,**
„ „ **Norddeutschen Bank in Hamburg** zu **Hamburg,**
„ „ **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** zu **Leipzig.**
„ „ **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (Abth. Becker & Co.)** zu **Leipzig,**
„ „ **Direction der Disconto-Gesellschaft** zu **Frankfurt a. M.,**
„ „ **Deutschen Effecten- und Wechselbank** zu **Frankfurt a. M.,**
„ „ **Essener Credit-Anstalt** zu **Essen a. Ruhr,**
„ dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Co.** zu **Köln,**
„ „ „ **B. Simons & Co.** zu **Düsseldorf,**
„ „ „ **Ephraim Meyer & Sohn** zu **Hannover**
während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden statt.
2. Der Besitz eines Nennbetrages von M. 10,800 unserer Aktien berechtigt zum Bezuge einer Aktie von Mk. 1200.
3. Bei der Anmeldung haben die Aktionäre ihre Aktien, für die sie das Bezugsrecht ausüben wollen, der Anmeldestelle unter Beifügung eines nach der Nummernfolge geordneten Verzeichnisses zu übergeben, um den Nachweis ihres Aktienbesitzes zu erbringen. Die Aktien, für welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt und sodann zurückgegeben.
4. Die erste Einzahlung von 25 pCt. und das Aufgeld von 45 pCt., zusammen 70 pCt., sind spätestens am 21. März 1902 zu erlegen. Weitere 50 pCt. sind spätestens am 26. Juni 1902 und restliche 25 pCt. spätestens am 26. September 1902 zu bezahlen. Mit den Einzahlungsraten sind 4 pCt. Stückzinsen für die Zeit vom 1. Januar 1902 bis zum Zahlungstage zu entrichten.
Ueber die geleisteten Einzahlungen werden Kassenquittungen ausgegeben. Eine frühere Vollzahlung ist jederzeit statthaft, und zwar gleichfalls unter Berechnung von 4 pCt. Stückzinsen für die Zeit vom 1. Januar 1902 ab bis zum Tage der Vollzahlung.
Nach bewirkter Vollzahlung erfolgt die Aushändigung der neuen Aktien mit Gewinnantheilschein für das Geschäftsjahr 1902 und mit Erneuerungsschein gegen Vorweisung der Kassenquittung bei derselben Stelle, die letztere ausgestellt hat.
5. Die Aktien sind mit dem deutschen Reichsstempel versehen; der Schlussnotenstempel fällt den Aktionären nicht zur Last.

Formulare zu den Nummernverzeichnissen können bei den Anmeldestellen in Empfang genommen werden.

Rhein-Elbe bei Gelsenkirchen, im März 1902.
Gelsenkirchener Bergwerks-Actien-Gesellschaft
Kirdorf. Bingel.